

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XII. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

8. BIS 10. MÄRZ 2012, RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2012	4
Henning SCHULZE	6
Andrea PRAUSE	12
Daniel LANGE	15
Markus BÖICK	18
Peter RÖMER	25
Doris SCHÖPS	31
Kerstin SCHMIDT	34
Dr. Tom THIEME	37
Agneta JILEK	43
Kerstin LORENZ	51
Anne WANNER	54
Arne HOFFRICHTER	56

XII. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 8. März 2012, 14 Uhr
ENDE: Samstag, 10. März 2012, gegen 15 Uhr
ORT: Ringberghotel in Suhl

DONNERSTAG, 8. MÄRZ 2012

Ab 14:00	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
----------	--

FREITAG, 9. MÄRZ 2012

9:00 - 9:15	Begrüßung
9:15 - 10:15	Henning Schulze : Wohnfabriken. Die Wissens- und Ideengeschichte von Planstädten in der DDR am Beispiel der "sozialistischen Chemiarbeiterstadt" Halle-Neustadt
10:15 – 10:45	Kaffeepause
10:45 – 11:45	Andrea Prause und die subkulturelle Parallelwelt Mode in der Diktatur DDR sowie Daniel Lange und die internationalen sportpolitischen Beziehungen der DDR nach Afrika
11:45 – 12:45	Marcus Böick : Arena des Übergangs. Die Treuhandanstalt in den ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen 1990-1994
12:45 – 14:00	Mittagspause
14:00 – 15:00	Peter Römer : Nach dem Staatssozialismus. Die Geschichtspolitik der Deutungseliten in Deutschland und Polen, 1989-2009. Ein beziehungsgerichteter Diktaturaufarbeitungsvergleich
15:00 – 16:00	Doris Schöps und die Konstruktion sozialistischer Rollenbilder im DEFA-Film sowie Kerstin Schmidt und die Entwicklung und Unterdrückung von Literatur des VEB Hinstorff Verlages Rostock
16:00 – 16:30	Kaffeepause
16:30 – 17:30	Dr. Tom Thieme : Politische Eliten und die Systemwechsel in Ostmitteleuropa
18:00 – 19:30	Abendessen
ab 19:30	Abendprogramm der Geschichtsmesse

SAMSTAG, 10. MÄRZ 2012

9:00 – 10:00	Agneta Jilek : Der Arbeiterstaat im Bild. Die Repräsentation von Arbeit in der künstlerischen Fotografie der 1970er und 80er Jahre in der DDR
10:00 – 10:30	Kaffeepause
10:30 – 12:30	Die Zukunft der Aufarbeitung – Aufarbeitung und kein Ende? Wie weiter mit der Aufarbeitung? – Podiumsgespräch im Rahmen der Geschichtsmesse
12:30 – 13:30	Mittagspause
13:30 - 15:00	Kerstin Lorenz und der perforierte Antifaschismus, Anne Wanner und die deutsch-deutsche Museumsgeschichte sowie Arne Hoffrichter und das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm
ab 15:00	Schlussbesprechung

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mählert: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

Wohnfabriken. Die Wissens- und Ideengeschichte von Planstädten in der DDR am Beispiel der "sozialistischen Chemiarbeiterstadt" Halle-Neustadt

von Henning Schulze

Die Dissertation beschäftigt sich mit der Wissens- und Ideengeschichte der Planstädte in der DDR. Als Fallbeispiel dient die Geschichte der „sozialistischen Chemiarbeiterstadt“ Halle-Neustadt zwischen 1964 und 1990. Die Untersuchung rekonstruiert und analysiert die Ideologie der DDR-Planstädte und fragt nach deren Vermittlung durch die städtischen Institutionen – vom Kindergarten über die Stadtbekunzung bis zum Verkehrssystem. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die sozialistischen Planstädte in der SED-Diktatur weit mehr als nur reine Wohnfunktionen erfüllen sollten. Sie waren vielmehr, so die forschungsleitende These, Erziehungsmittel des Staates bei der beabsichtigten Formung der „sozialistischen Menschgemeinschaft“. Im wichtigsten Schritt wird untersucht, wie sich die Ideologie der DDR-Planstädte im städtischen (Alltags-)Leben auswirkte und auf welche Widerstände sie dabei traf.

Grundprämissen

Halle-Neustadt war ein Projekt von vielen im Programm des „sozialistischen Städtebaus“. Als im Frühjahr 1964 am westlichen Saaleufer, in Sichtweite der Stadt Halle, der Grundstein für – die sozialistische „Stadt der Chemiarbeiter“ Halle-Neustadt gelegt wurde, konnten die Erbauer bereits Erfahrungen vorweisen. Ab Ende der 1950er Jahre waren „Stalinstadt“, die spätere Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda und Schwedt entstanden. „Sozialistische Wohnsiedlungen“ wie Berlin-Marzahn, Rostock-Lichtenhagen und Jena-Lobeda, deren hervorstechendstes gemeinsames Kennzeichen die nahezu vollständige Errichtung aus industriell vorgefertigten Platten war, entstanden ab den Sechzigern in nahezu jeder Stadt der DDR. Gleichzeitig war diese Bauweise noch nicht unter das Verdikt gefallen, eine bloße „Unterproduktion an Raumbedingungen menschlichen Seins“¹ zu sein. So konnte der zuständige Bezirkssekretär der SED Horst Sindermann zur Grundsteinlegung Halle-Neustadts verkünden: „Es sollen solche Lebensbedingungen geschaffen werden, ... die den Menschen Zeit und Muße für ihre kulturelle Bildung, für eine sinnvoll genutzte Freizeit bieten – eine Stadt also, in der zu leben für jeden Glückseligsein heißt.“²

Diese Worte verdeutlichen die hohen Ambitionen, die die Staats- und Parteiführung der DDR mit dem Bau der „Chemiarbeiterstadt“ verband. Halle-Neustadt, zunächst geplant für eine Größe von 70.000 EinwohnerInnen³, sollte erklärtermaßen Modellcharakter haben für das, was in der DDR unter „sozialistischem Städtebau“ verstanden wurde. Vieles spricht dafür, dass hier eine „DDR im Kleinen“ errichtet werden sollte: ein Prototyp für die neuen, besseren Lebens- und Produktionsverhältnisse und, aus dem Blickwinkel der politischen und administrativen Elite nur folgerichtig, einer mustergültig sozialistischen EinwohnerInnenschaft. Für DDR-Verhältnisse einmalig fiel auch das städtebauliche Gesamtscenario aus. Halle-Neustadt entstand, ab 1967 als eigenständige Kommune, in Sichtweite der Hallenser Altstadt; die städtebauliche Modernität der DDR wurde hier dem überkommenen Alten nicht bloß metaphorisch sondern geradezu inszeniert gegenübergestellt. Anhand des Projekts der „Chemiarbeiterstadt“ lassen sich modellhaft alle wesentlichen ideellen Elemente des sozialistischen Städtebaus veranschaulichen: soziales Gleichheits- und kleinbürgerliches Glücksversprechen, Bildungsoptimismus, Arbeitsethos und technokratischer Planungsfetisch.

Elemente der sozialistischen Stadt

¹ So das Urteil des DDR-Philosophen Lothar Kühne über die Baukultur der 1970er Jahre, deren Charakter wesentlich von der Wohnungsbauserie 70 bestimmt war. Zit. nach Hain (2003: 80).

² Zit. nach Müller/Schlör/Bachmann (1968: 5).

³ Das später erheblich erweiterte Planziel, in Halle-Neustadt bis zu 115.000 EinwohnerInnen anzusiedeln wurde nie erreicht. Die Bevölkerung erreichte Anfang der 1980er Jahre mit rund 93.000 ihren Höchststand und hatte sich 1990 bereits auf 91.000 verkleinert. Zahlen nach Kress (2008: 274).

Der städtische Raum war damit erklärtermaßen nicht nur Gestaltungsobjekt, sondern Gestaltungsmittel im Sinne eines ausgreifenden pädagogischen Impetus´ des Staates, einer Emanzipation von oben: „Der Wohnungsbau und die mit ihm verbundene sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer sind von besonderer Bedeutung, weil die veränderten Lebensbedingungen, die neuen räumlichen Beziehungen der Menschen im Sozialismus in hohem Maße zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins beitragen“⁴. Der Gedankengang folgte einer denkbar einfachen Formel: sozialistische Städte sind eine wesentliche Bedingung für die Herstellung sozialistischen Bewusstseins, das wiederum konstitutiv ist für die sozialistische Gesellschaft beziehungsweise „Menschengemeinschaft“. Hinter diesen „holistischen Selbstdeutungsschablonen“⁵, wie Christine Hannemann die DDR-typischen Begriffs-Ungetüme mit Verweis auf den systemimmanenten Mangel an geeigneten Mitteln und Instrumenten der (kritischen) Selbstbeobachtung bezeichnet, lassen sich eine Reihe von handlungsanleitenden ideellen Elementen der „sozialistischen Stadt“ ausmachen, die diese mehr oder weniger artikuliert durchdrangen.

Erstens ein biopolitisches⁶ Gestaltungsmotiv, dass die Ein- oder Zwei-Kind-Familie zur gesellschaftlichen Norm erklärte. Diese Norm wurde über die Praxis der staatlich monopolisierten Wohnungsvergabe, die Eheleute mit Kind(ern) bevorzugte, und die des staatlichen Wohnungsbaus mit seinem deutlichen Schwerpunkt auf Zwei- beziehungsweise Dreiraumwohnungen⁷ sanktioniert.

Zweitens Kultur und Bildung als Elemente einer „sinnvoll genutzten Freizeit“. Der kulturellen und geistigen Bildung kam in der Konzeption vom »neuen Menschen«, in den 1970er Jahren präzisiert zur „allseitig und harmonisch entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“⁸, eine besondere Rolle zu. Dabei ging es freilich nicht um eine kritische Aneignung von Wissen oder Auseinandersetzung mit Kunst. Die BewohnerInnen der „sozialistischen Stadt“ wurden, planmäßig ‚beschult‘ und ‚bekunestet‘ mit dem Ziel der, so die technokratische Sprachpraxis, „Entwicklung eines den wissenschaftlich-technischen Fortschritt meisternden Typ von Facharbeiter“⁹. Ein Projekt, das offenbar recht erfolgreich verlief: Eine Studie aus den 90er Jahren bescheinigt der Bevölkerung Halle-Neustadts ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau.¹⁰ Die „Chemiearbeiterstadt“ verfügte über eine nominell einhundertprozentige Abdeckung mit Krippen- und Kindergartenplätzen. Die Schulen waren im Zentrum der „Wohnkomplexe“ angeordnet und das „Bildungszentrum“ mit Erweiterter Oberschule, „Polytechnischem Kombinat“, einer Einrichtung der Universität Halle, Berufsschulen, Bibliotheken sowie Sporteinrichtungen wurde noch vor dem Stadtzentrum fertiggestellt – anders als letzteres sogar vollständig. Insgesamt wurden etwa 200 Werke bildender Kunst installiert, darunter fanden sich Natur und Gegenwartsbezüge, historische und utopische Motive; sportliche und geistige Betätigung spielten eine Rolle, Märchenfiguren waren verarbeitet worden genauso wie die Topoi Technik und Technologie. Die Kunst zitierte nationales kulturelles Erbe, agitierte internationalistisch und affirmierte dabei selbstredend die Errungenschaften des Sozialismus. Die Werke trugen klangvolle Namen wie „Lenins Worte werden wahr“, „Jugend und Tanz“ oder „Einheit der Arbeiterklasse und Gründung der DDR“. Was „schön“ und „wertvoll“ war, bestimmten dabei staatliche Kommissionen.

Ein dritter kategorieller Bestandteil des Konzepts „sozialistische Stadt“ war das der sozialen Gleichheit, des „Glücklichseins für jeden“. Das formulierte Staatsziel der klassenlosen Gesellschaft machte die DDR in der Selbstwahrnehmung ihrer politischen Führung zur sozialen Übergangsgesellschaft. Objektiv bestehende soziale Unterschiede wurden als Überbleibsel der kapitalistischen Ordnung interpretiert. Die daraus resultierenden Implikationen für die Städtebau- und letztlich auch Wohnungspolitik der DDR liegen auf der Hand. Bestehende Stadtstrukturen, in Halle-Neustadt war es der Fingerzeig auf das benachbarte Halle, wurden

⁴ Deutsche Bauakademie (1963: 5)

⁵ Hannemann (2005: 107)

⁶ Hier zu verstehen als eine auf den menschlichen Körper und die menschliche Gattung gerichtete Politik.

⁷ Schlesier und Autorenkollektiv (1972: 197)

⁸ 1965 in §1, Absatz 1 des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR“ als allgemeines Erziehungsziel festgelegt.

⁹ Glaß (1985: III)

¹⁰ Vgl. Hafner (2006: 132)

als sozialer und räumlicher Ausdruck der überkommenen Verhältnisse begriffen, die es „sozialistisch umzugestalten“ galt. Konkret kritisiert wurde die soziale Segregation der Wohnquartiere im Kapitalismus, in denen die einkommensschwachen Schichten in engen, dunklen Wohnungen unter schlechten hygienischen Bedingungen hausten. Aus dem sozialen Gleichheitspostulat ergab sich für die neuen Siedlungsstrukturen eine klare Programmatik. In Halle-Neustadt kam diese sehr deutlich im Gedanken des „Wohnkomplexes“ zum Ausdruck: „Der Wohnkomplex einer Stadt im Sozialismus ist nicht durch Differenzierung nach Einkommensklassen, Berufsständen oder anderen Unterschieden gekennzeichnet. (...) Es gibt keinen sozial bedingten Vorrang für die Anlage von Wohnkomplexen oder einen aus diesem Grunde begünstigten Standort von Wohngebäuden innerhalb des Wohnkomplexes. Jeder wohnt unter gleichen Bedingungen in gleichen Wohnungen: Es wohnt der Generaldirektor im gleichen Haus wie der Anlagenfahrer aus dem großen Chemiekombinat, die Oberbürgermeisterin im gleichen Block mit dem Schaltwart aus der Wärmeversorgungszentrale und dem Städtebauer.“¹¹

So zumindest der Anspruch. Wer in eine „sozialistische Stadt“ zog – und der Wohnraum war begehrt – hatte grundsätzlich nicht die Wahl. Wohnungen wurden zugewiesen, wobei vor allem anderen die betriebliche Zugehörigkeit und der Familienstand eine Rolle spielten. Die „Chemiearbeiterstadt“ sollte, dem Willen ihrer ErbauerInnen nach, exklusiv den IndustriearbeiterInnen vorbehalten sein. Mit attraktive Neubauwohnungen und einer günstigen Versorgungssituation wollte man junge ArbeiterInnen in die Stadt locken, deren Gestalt und innere Ordnung auf, nach damaligen Vorstellungen, bestmögliche und effizienteste Reproduktion angelegt war. In die technokratische Sprachpraxis der DDR übersetzt, ging es darum, den „Freizeitfonds der Werktätigen“ zu erhöhen. Die PlanerInnen hatten erkannt, dass sich das disponible individuelle Zeitbudget zwischen, durch den Schichtbetrieb diktiert, Produktions- und biologisch determinierter Reproduktionszeit nur durch eine Verkürzung der Transitzeiten vergrößern ließ. Dies schlug sich sehr deutlich in der gestalterischen Ordnung der Stadt nieder. Das Verkehrskonzept war beispielsweise konsequent auf die zentral in Nord-Süd-Richtung verlaufende Schnellbahnstrecke nach Leuna beziehungsweise Buna ausgerichtet. In dem täglichen Ritual des gemeinsamen Gangs zum Schichtzug – der Halle-Neustädter Bahnhof war auf die gleichzeitige Abfahrt von mehreren tausend Menschen angelegt – manifestierte sich der vierte zentrale Gedanke der „sozialistischen Stadt“: die Kreation einer Gemeinschaft der Arbeitenden. Die diesem Konzept inhärente Arbeitsethik schrieb der Stadt gleichsam die Funktion eines industriellen Komplementärbetriebs mit der Hauptaufgabe der Reproduktion von Arbeitskraft zu.

Erste Befunde

Mit Blick auf die Vielzahl der Stadt von außen angesonnenen Ideen lässt sich festhalten: Die Bevölkerung Halle-Neustadts war kognitiv übertversorgt. Wie sehr aber machte sie sich diese Ideen zu Eigen, in welchem Maße findet sich das Konzept der „sozialistischen Stadt“ im Alltag Halle-Neustadts repräsentiert? Die bisherige Forschungsarbeit lässt, etwa anhand von Interviews, erste Befunde zu. Es existieren mindestens zwei kontrastierende Motive der Selbsterzählung Halle-Neustadts durch ihre EinwohnerInnen: Ein optimistisch-positives Motiv, das die sozialen Errungenschaften (Qualität der Wohnungen, kurze Wege, gute Bildungs- und Versorgungsangebote) der Stadt, ihre Egalität, Sicherheit, Ordnung sowie ihre Schönheit betont. Dem gegenüber ein pessimistisch-nüchternes Motiv, das das Leben in der Stadt als Zumutung beschreibt (Uniformität der Wohnungen und Wohnkomplexe, technische Taktung des Alltags), gekennzeichnet von fehlenden Freiräumen, Überwachung und sozialer wie sinnlicher Reizarmut. Die Ausprägung der Motive variiert dabei stark in Abhängigkeit von der Generation.

Ein aussagekräftiges Beispiel für Lokalisierung dieser Erzählungen ist der Erinnerungsort¹² Gummistiefel. Auf Grund fehlender Wege- und Straßenbefestigung waren Gummistiefel ein unverzichtbares Kleidungsstück, wollte man sich zu Fuß durch die frühe „Chemiearbeiterstadt“ bewegen. Sie waren dabei Erkennungszeichen wie Emblem des Fortschritts: Halle-

¹¹ Schlesier und Autorenkollektiv (1972: 85)

¹² Zum Begriff des Erinnerungsortes vgl. Sabrow (2009: 24f.)

Neustädter war, wer vor dem Theaterbesuch die Schuhe wechselte. Überhaupt entwickelte die Bevölkerung Halle-Neustadts Übung darin, die an sie gerichteten Erwartungen zu unterlaufen. Der vergrößerte „Freizeitfonds“ wurde nicht etwa in das Studium marxistischer Klassiker investiert, sondern vor dem Fernseher, im Kleingarten oder mit der mühevollen individuellen Gestaltung der Plattenbauwohnungen verbracht. Einschlägige stadtsoziologische Studien noch aus der Zeit vor 1990¹³ weisen darauf hin, dass die Mehrzahl der BewohnerInnen ihr Umfeld dabei als belastend, monoton und psychisch unterfordernd und nicht etwa, wie beabsichtigt, als zur Bildung einer „sozialistischen Gemeinschaft“ anregend empfand. Dabei sticht vor allem die zweite Generation der in Halle-Neustadt heranwachsenden Jugendlichen heraus. Teile dieser Generation führte ihre Suche nach Räumen der Toleranz und Authentizität in die Offene Arbeit der evangelischen Kirche – und damit letztlich in die offene Rebellion gegen die ihnen diktierten Lebensentwürfe.

Eine Zwischenbilanz: Das Konzept der „sozialistischen Stadt“ war in den Routinen der „Chemiearbeiterstadt“ sehr wohl repräsentiert. Die Schichtarbeit bestimmte ihren Takt, ihre BewohnerInnen lebten weitgehend unprivilegiert in den gleichen Häusern und Wohnungen und schickten ihre Kinder in Einrichtungen der „sozialistischen“ Erziehung. Auf der Ebene des Bewusstseins aber, so der sich verstärkende Eindruck, dominierten eher (klein-)bürgerliche Ideale als die Programmatik(en) der „sozialistischen Lebensweise“.

Literatur

- Deutsche Bauakademie (Hg.) (1963): Direktive für die städtebauliche Gestaltung und den Aufbau von Halle-West. Arbeitsmaterial 9. Plenartagung, Deutsche Bauinformation bei der Deutschen Bauakademie, Berlin, 8 S. in: IRS Wissenschaftliche Sammlungen, Bestand Objektbezogene städtebauliche Wettbewerbe, R4/ Halle-Neustadt, Karton 1.
- Glaß, Rolf-Jürgen (1985): Die SED-Bezirksorganisation Halle und die Errichtung von Halle-Neustadt. Dissertation A, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S, S. 43.
- Hafner, Thomas (2006): Halle-Neustadt. Die sozialistische Modellstadt einst und heute, in: Hans-Rudolf Meier (Hg.), Denkmale der Stadt – die Stadt als Denkmal. Probleme und Chancen für den Stadtbau, TUDpress, Dresden, S. 127-134.
- Hain, Simone (2003): Das utopische Potenzial der Platte, in: Axel Watzke/Christian Lagé/Steffen Schuhmann (Hg.), „dostoprimschatjelnosti“, Junius Verlag, Hamburg, S. 79-87.
- Hannemann, Christine (2005): Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Verlag Hans Schiler [3. Auflage], Berlin.
- Heinrich, Helga (1977): Psychologische Untersuchung zum Rezeptionsverhalten in den Neubaugebieten Halle-Neustadt und Rostock-Evershagen, [Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur], Abteilung Theorie und Geschichte, o.O.
- Kress, Celina (2008): Schrumpfungprozesse versus Wachstumsparadigma in der DDR, in: Angelika Lampen/Armin Owzar (Hg.), Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Berlin, S. 279-294.
- Müller, Manfred/Frieder Schlör/Rolf Bachmann (Red.) (1968): Halle-Neustadt. Vom Werden unserer Stadt. Jahrgang 1968, hrsg. von der Ortsleitung der SED und Parteileitung der Großbaustelle Halle-Neustadt, Halle/S.
- Sabrow, Martin (Hg.) (2009): Erinnerungsorte in der DDR, Verlag C.H. Beck, München.
- Schlesier, Karlheinz und Autorenkollektiv (1972): Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt, hrsg. vom Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle, Verlag für Bauwesen, Berlin.
- Walter, Isolde (1968): Die geistig-kulturellen Interessen der Bewohner in Halle-Neustadt, in: Rudhard Stollberg (Hg.), Soziologie in Theorie und Praxis. Soziologische Aktivitäten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Martin-Luther-Universität, Halle/S., S. 81-87.
- Wolle, Stefan (1999): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

¹³ Vgl. bspw. Walter (1968) oder Heinrich (1977).

Kurzbiographie

Henning Schulze, Jahrgang 1980, studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Politik- und Religionswissenschaften in Leipzig. 2004 bis 2005 war er Sprecher des StudentInnenRates der Universität Leipzig. 2006-2010 war er als studentischer, zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF) Halle-Wittenberg tätig.

Publikationsauswahl unter:

http://www.hof.uni-halle.de/mitarbeiter/henning_schulze/publikationen.htm

Aktueller Gliederungsentwurf

1. Problemstellung und theoretische Zugriffe

2. Formatierung des Feldes

- 2.1. Das Leitbild der sozialistischen Modellstadt
 - 2.1.1 Gleichheitspostulat
 - 2.1.2 Arbeitsethos
 - 2.1.3 Bildungsoptimismus
 - 2.1.4. Weitere Motive
- 2.2. Der Planstadt-Prototyp Halle-Neustadt
 - 2.2.1 Vom Stadtteil zur Stadt
 - 2.2.2 „Sozialistische Chemiarbeiterstadt“
 - 2.2.3 Modernität, Jugend und Schönheit
 - 2.2.3 „Großstädtigkeit“ [wird nach 7. verschoben]

3. Stadtplanungs- und Baugeschichte

- 3.1. Von der „KuLiNaTra“ zum Plattenbau
- 3.2. Die ersten Planstädte: StalinStadt, Schwedt, Hoyerswerda
- 3.3. Halle-West: Planungsphase und Baubeginn: 1960–1964
- 3.4. Halle-Neustadt: Die 60er Jahre
- 3.5. Konsolidierung der Planungen: Korrekturen und Pragmatisierung
- 3.6. P2 und WBS 70
- 3.7. Plattenbau/Planstadt-Referenzen Ost und West

4. Die Planstadt als Bildungskombinat

- 4.1. Kinderkrippen und -gärten
- 4.2. Schulwesen
- 4.3. Berufsbildungswesen
- 4.4. Fort- und Weiterbildung
- 4.5. Planstadt als Wissenschaftsstandort
- 4.6. Das Bildungszentrum Halle-Neustadt: Bildungsoptimismus in Beton

5. Die Planstadt als Kulturkomplex

- 5.1. Stadt der Bildenden und Angewandten Künste > IP Kunstkommission
 - 5.1.1. Bekunstung des Stadtraumes
 - 5.1.2. Halle-Neustadt als künstlerisches Motiv
 - 5.1.3. Galerie- und Ausstellungswesen
- 5.2. Literaturstadt
 - 5.2.1. Halle-Neustadt-Literatur
 - 5.2.2. Bibliotheksnetz
- 5.3. Halle-Neustadt-Filme
 - 5.3.1. Großbaustellen-Filme
 - 5.3.2. Plattenbaustadt-Filme
- 5.4. Kunstpreis Halle-Neustadt
- 5.5. Organisierte Freizeitkultur
 - 5.5.1. Schulkulturarbeit
 - 5.5.2. Chöre und Orchester
 - 5.5.3. Arbeiterfestspiele
 - 5.5.4. Klub der Intelligenz
- 5.6. Jugendkultur
 - 5.6.1. Jugendszene
 - 5.6.2. FDJ-Klubkultur
 - 5.6.3. Offene Arbeit: Junge Gemeinde
- 5.7. Evangelische Kirchengemeinde

6. Öffentlicher Raum und Alltag

- 6.1. Politische Symbolproduktion
- 6.2. Lokalpresse
- 6.3. Routinen des Alltags als Symbolproduzenten
- 6.4. Stadtwahrnehmung und Halle-Neustadt-Images
 - 6.4.1. Selbstimages
 - 6.4.2. Fremdimages

7. Fazit: Der Ideenhaushalt einer sozialistischen Planstadt

- 7.1. Die städtebauliche Idee als Realität?
- 7.2. Die institutionelle Landschaft: Makro-, Meso-, Mikroebene
- 7.3. Das Wissen der Stadt: Narratives Feld, Kommunikation und symbolpolitische (Selbst-)Steuerung
 - 7.3.1. Wissensformen und Wissensordnung
 - 7.3.2. Planstadt und Autonomie

‚Subkulturelle Parallelwelt Mode. Ausstieg und hedonistischer Protest in der Diktatur DDR‘

von Andrea Prause

Parallel zum offiziellen Modeschaffen der DDR bildete sich in den 1980er Jahren in einigen Städten der DDR eine alternative Modeszene um Fotografen, Models, Designer und Visagisten heraus. Diese Subkultur positionierte sich diametral zur sozialistischen Ästhetik, entzog sich auf kreative Weise dem totalitären Herrschaftsanspruch der DDR und avancierte dadurch zum Politikum. Insofern ist das Phänomen in den weiteren Kontext nonkonformen, widerständigen Verhaltens einzuordnen.

Besonderen Stellenwert erlangten die alternativen Modemacher des Prenzlauer Berges in Ost-Berlin, die sich in den Gruppen ‚CCD‘ und ‚Allerleirauh‘ zusammenfanden. Diese sollen im Rahmen des Forschungsvorhabens auf Grund ihrer vorbildhaften und richtungsweisenden Funktion in der ‚Szene‘ im Sinne der ethnographischen Methode in extenso untersucht werden, um auf dieser detaillierten Datengrundlage zu generalisierenden Erkenntnissen zu gelangen.

Im Fokus des Forschungsinteresses steht zunächst die Rekonstruktion eines historischen Verlaufs. Konstitutionsbedingungen und -prozess der Gruppen am Beginn der 1980er Jahre, Etablierung und Professionalisierung in der Mitte des Jahrzehnts, personelle Veränderungen, Strukturwandel, Ausreisewelle und Integrationstendenzen in den offiziellen Kulturbetrieb in den letzten Jahren der DDR und schließlich der Zerfall des Phänomens nach 1989/90 bilden hier markante Punkte. Der besondere Fokus liegt auf den ästhetischen und symbolischen Subversionen, den Strategien nonkonformer Selbstinszenierung, mit denen sich die Gruppen dem SED-Staat verweigerten und in eine Parallelwelt zurückzogen.

Die Reaktionen der Diktatur auf das Phänomen stellen einen weiteren wesentlichen Untersuchungsaspekt dar und sollen den kulturhistorischen Blick auf die alternative Modeszene vervollständigen. Politisierung und Kriminalisierung, Stigmatisierung und Exklusion, Infiltration und Kontrolle sowie Integrationsbestrebungen in den offiziellen Kulturbetrieb der DDR lassen sich als Strategien einer Diktatur im Umgang mit nonkonformem Verhalten, Ausstieg und Verweigerung aus dem ideologisierten, dogmatisierten System identifizieren.

Qualitative Interviews, Gruppendiskussionen sowie Wahrnehmungsspaziergänge zu den ehemaligen Lebens- und Auftrittsorten der Gruppen mit den Zeitzeugen werden hierbei ebenso als Quellengrundlage genutzt wie die umfangreiche Dokumentation der Szene in Form von Fotografien und Videos. Archive der staatlichen Museen und Sammlungen Berlins sowie der Privatbesitz der ehemaligen Akteure beherbergen außerdem einen reichen Fundus an Sachzeugnissen wie beispielsweise Kleidungsstücke der damaligen Kollektionen. Die durch das MfS angelegten Einzel- und Gruppenakten zum Phänomen sowie Unterlagen der Staatssicherheit, die auf allgemeinere Weise im Umgang mit ‚negativ-dekadenten Jugendlichen‘ anwies, erweitern das Quellenspektrum um eine essentielle Perspektive, die insbesondere für den Untersuchungsaspekt der ‚Reaktionsmechanismen‘ fruchtbar gemacht wird. Die Relevanz der Thematik weist dabei über den eigentlichen Forschungsgegenstand hinaus. Als Vorbilder einer sich im Untersuchungszeitraum stetig vergrößernden Modeszene bildeten die hedonistisch-provokanten Inszenierungen ‚CCDs‘ und ‚Allerleirauhs‘ nicht nur willkommene Projektionsflächen für die Träume großer Fangemeinden. Beide Gruppen und ihre zeitgleichen Erscheinungen artikulierten vielmehr Zeitgeist und Lebensgefühl vieler junger DDR-Bürger, die ideologischem Dogma und Sozialisationsinstanzen des Staates kaum mehr Beachtung entgegen brachten und sich stattdessen in unabhängige Kommunikations- und Gruppenstrukturen zurückzogen. Als Teil des heterogenen Prenzlauer-Berg-Zusammenhangs verweisen Wachstum und Professionalisierung dieser alternativen Räume auf die Konstituierung einer zweiten, inoffiziellen Öffentlichkeit in der DDR. Als couragiertes, kreatives Subsystem reflektiert die subkulturelle Modeszene im Sinne eines Produktes *und* Symptoms der DDR beispielhaft den Macht- und Legitimationsverfall des ehemaligen ost-deutschen Staates.

Kurzbiographie

Andrea Prause, geboren 1979 in Elsterwerda, studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Europäische Ethnologie an der HU Berlin. Nach Studienabschluss 2009 folgten die Mitarbeit an Ausstellungs- und Buchprojekten zur alternativen Kunst und Kultur der DDR sowie eine freiberufliche Tätigkeit in der qualitativen Sozialforschung. Seit 2010 Promotion am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin bei Prof. Wolfgang Kaschuba.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung
2. Thematischer Fokus und Fragestellungen
3. Forschungsstand und Quellenlage
4. Konzeption und Methodik
5. Subkulturen
 - 5.1. Subkultur in den Kultur- und Geschichtswissenschaften – theoretische Grundlagen
 - 5.2. Subkulturen in diktatorischen Systemen im Allgemeinen und in der DDR im Besonderen
 - 5.3. Subkultur und Mode
6. Mode in der DDR der 1980er Jahre (kurz)
 - 6.1. Eine ‚sozialistische Bekleidungskultur‘ – Ideologische Aspekte der Mode in den 1980er Jahren
 - 6.2. Utopie: Das Modeinstitut der DDR, der ‚Exquisit‘ und die Zeitschrift ‚Sibylle‘
 - 6.3. Realität: Defizitäre Konsumsituation und kreative Bevölkerung
7. Die alternative Modeszene am Prenzlauer Berg aus mikrosozialer Perspektive – ‚CCD‘ und ‚Allerleirauh‘
 - 7.1. Konstitutionsbedingungen und -prozess am Beginn der 1980er Jahre
 - 7.2. Etablierung und Professionalisierung in der Mitte der 1980er Jahre
 - 7.3. Personelle Veränderungen, Strukturwandel, Ausreisewelle und Integrations-tendenzen in den offiziellen Kulturbetrieb am Ende der 1980er Jahre
 - 7.4. Zerfall des Phänomens nach 1989/90

(In allen genannten Punkten unter 7., die anhand spezifischer Demarkationspunkte explorativ erschlossen werden, spielen folgende Aspekte stets eine tragende Rolle: nonkonformer Habitus und entsprechende Wertewelt, subkulturelle Praxen und Codes, Selbstinszenierung und Performance. Der Bezug zum diktatorischen System DDR und die in diesem Kontext über Symbole, Habitus und Ästhetik manifestierte Verweigerungshaltung generiert sich demnach zum grundsätzlichen Erkenntnisinteresse dieses Kapitels.)

8. Reaktionsmechanismen der Diktatur
 - 8.1. Politisierung und Kriminalisierung
 - 8.2. Stigmatisierung und Exklusion
 - 8.3. Infiltration und Kontrolle (Staatssicherheit, Volkspolizei)
 - 8.4. Integrationsversuche in den offiziellen Kulturbetrieb

9. Mode als Subkultur in der DDR – zusammenführende Analyse von mikro- und makro-sozialer Perspektive
 - 9.1. Darstellung und Analyse der Dialektik zwischen Hegemonialkultur der DDR und alternativen Modegruppen im Verlauf der 1980er Jahre
 - 9.2. Kontextualisierung und kulturhistorische Einordnung des Phänomens in den Kontext Subkultur der DDR in den 1980er Jahren
 - 9.3. Gesellschaftliche Bedeutung und politische Relevanz eines moralisch- ästhetischen Gegenentwurfs zum diktatorischen Herrschaftssystem der DDR

10. Zusammenfassung

11. Bibliographie/ Quellen

Die internationalen sportpolitischen Beziehungen der DDR nach Afrika als besonderer Bestandteil ihrer Außenpolitik (1960 -1990)

von Daniel Lange

Heinz Werner hatte „ideologisch versagt“. Der heute 76-Jährige war 1983 als Trainer in der Fußball-Oberliga der DDR beim 1. FC Union Berlin entlassen worden und hatte danach eine folgenschwere Entscheidung getroffen: die Bitte des Deutschen Fußballverbandes der DDR, als Entwicklungshelfer des Fußballs Aufbauhilfe im ostafrikanischen Land Äthiopien zu leisten, schlug er nach reiflicher Überlegung aus. Die Reaktion der Verbandsoberen auf die als Affront verstandene Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten. Heinz Werner wurde mit der eingangs genannten Begründung die Berufslizenz für Fußballlehrer entzogen, fortan durfte er nur noch in der zweiten Liga als Trainer tätig sein.¹⁴

Derartige Vorkommnisse sind nur Randerscheinungen eines bislang stiefmütterlich behandelten Themengebietes im Rahmen der außenpolitischen und sporthistorischen Entwicklung der DDR: die internationalen Sportbeziehungen zu den Staaten Afrikas. Bislang finden sich in der Literatur nur vereinzelte Anekdoten zum Thema. Eine fundierte Aufarbeitung der auswärtigen Verbindungen des DDR-Sports nach Afrika liegt derzeit noch nicht vor. Einzig Lothar Kalb, ehemaliger Leiter des Institutes für Ausländerstudium an der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig, widmet sich in seinen Erinnerungen¹⁵ einem Teilaspekt des Themenkomplexes. Eine tiefergehende Untersuchung könnte sich jedoch lohnen. Oftmals im diplomatischen Kulturreisort eingebunden, wurden die Afrikakontakte des ostdeutschen Sports z.B. in den Bereichen Sportpolitik, Wissenschaft, Medizin, Wettkampf und Training oder Trainerausbildung intensiv gefördert. Sie bildeten für die Afrikastrategie der DDR ein wichtiges politisches Steuerungselement der Beziehungen zu den jungen, besonders seit 1960 unabhängig werdenden, Nationalstaaten Afrikas, aber auch zu den dortigen nationalen Befreiungsbewegungen.

Das Politbüro der SED beschloss am 4. Januar 1960, erstmalig die Entwicklung von eigenständigen Beziehungen der DDR zu afrikanischen Staaten. Es erscheint deshalb sinnvoll, an diesem Ausgangspunkt mit der Analyse zu beginnen und sich für die Gliederung der Arbeit an den Entwicklungsphasen des DDR-Engagements in Afrika zu orientieren. Die Bemühungen um eine internationale Anerkennung bis zum UN-Beitritt der DDR 1973; die Zeit bis zum Höhepunkt des DDR-Afrika-Engagements ca. 1980 und schließlich das Jahrzehnt bis zur Deutschen Einheit 1990 stehen dabei im Fokus.¹⁶ Interessant erscheint hier, welche Folgen der Zusammenbruch der DDR für die bisherigen ostdeutschen Sportkontakte nach Afrika hatte. Insgesamt ist es wichtig, nicht nur das Agieren des Sports im afrikanischen Raum aus der Sicht der DDR nachzuvollziehen. Wenn möglich, ist auch die Perspektive der afrikanischen Partnerländer und –Organisationen in der Untersuchung zu berücksichtigen. Das kann durch die Analyse der Zusammenarbeit mit Institutionen des afrikanischen Sports geschehen. Beispiele hierfür wären die langjährige Kooperation mit dem Obersten Afrikanischen Sportrat oder die vielfältige Unterstützung der kontinentalen Allafrikanischen Spiele. Im Zusammenhang damit können einzelne Staaten als Zentren der Zusammenarbeit herausgearbeitet und skizziert werden, ob und wenn ja, warum sich diese Schwerpunkte im Laufe der Jahre veränderten.

¹⁴ Klaedtke, Uta, „Stahl Feuer!!!“ – Die Fußballer des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg zwischen politischer Anpassung und betrieblichem Eigensinn, in: Teichler, Hans-Joachim (Hrsg.), Sport in der DDR, Eigensinn, Konflikte, Trends, Köln, 2003, S. 246.

¹⁵ Kalb, Lothar, Sendboten Olympias, Die Geschichte des Ausländerstudiums an der DHfK Leipzig, Leipzig, 2008.

¹⁶ Durchaus existierten auch in den 1950er Jahren Sportverbindungen nach Afrika. Zu überlegen ist, diese in einem einleitenden Prolog voranzustellen. Anm. D. Lange

Kurzbiographie

Daniel Lange, geb. 1980, Studium für Neueste Geschichte und Südasien-Studien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Magisterarbeit über die Beteiligung der DDR nach 1990 am Unabhängigkeitsprozess Namibias. Neben dem Studium tätig im Deutschen Bundestag, dem Bundesministerium des Innern, in der Fußball-Bundesliga, für die adidas AG und als Sportjournalist in Namibia. Zuletzt an der Hochschule für Gesundheit und Sport Assistent von Prof. Dr. Jochen Zinner.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1. Phasen und Strategien der auswärtigen Politik der DDR nach Afrika
- 1.2. Die sportpolitische Kooperation der DDR mit Afrika als Forschungsdesiderat
- 1.3. Welche Ziele verfolgte die auswärtige Sportadministration der DDR in Afrika und ergab sich daraus eine Sonderrolle des Sports im afrikapolitischen Auftreten der DDR?
- 1.4. Theoretischer und methodischer Forschungsansatz
- 1.5. Für das Forschungsprojekt zur Verfügung stehende Quellen und Literatur

I. Das Sportengagement der DDR in Afrika in den 1960er Jahren

2. Die jungen afrikanischen Nationalstaaten als neue Kooperationspartner

- 2.1. Afrikapolitische Struktur des Partei- und Staatsapparates der DDR
- 2.2. Struktur der afrikapolitischen Funktionsweise des auswärtigen DDR-Sports
- 2.3. Erste Initiativen in Nord- und Westafrika (Ägypten, Ghana, Mali)
- 2.4. Das Sportengagement der DDR in Guinea
- 2.5. Auswahlmannschaften des Deutschen Fußballverbandes in Afrika
- 2.6. Sportkontakte nicht-diplomatischer Art: Die Deutsche Afrika-Gesellschaft im Senegal
- 2.7. Über die sportspezifische Abenteuerliteratur in der DDR

II. Intensivierung der Afrikastrategie des DDR-Sports in den 1970er Jahren

3. Politische Systemauseinandersetzung im Zeichen des Sports

- 3.1. Der deutsch-deutsche Gegensatz des Kalten Krieges auf sportlichem Terrain in Afrika
- 3.2. Regionale Verschiebung der DDR-Schwerpunktsetzung in Afrika
- 3.3. Gründung des Institutes für Ausländerstudium an der DHfK Leipzig
- 3.4. Zur Sportkonkurrenz von DDR und BRD in Ghana und Algerien
- 3.5. Kooperation mit dem Obersten Afrikanischen Sportrat (CSSA)
- 3.6. Das Engagement der DDR für die All-Afrikanischen Sportspiele
- 3.7. Die Sportabkommen der DDR mit Algerien und Äthiopien von 1978 – ein Vergleich
- 3.8. Reiseoffensive nach Afrika von DDR-Sportfunktionären 1977 – 1979
- 3.9. Der Sportbeschluss des SED-Politbüros zu Angola 1980

4. Gremienarbeit in internationalen Verbänden und Organisationen des Sports

- 4.1. Teilnahme und Durchführung von Konferenzen
- 4.2. Die Haltung des DDR-Sports zur Apartheid-Politik im subsaharischen Afrika
- 4.3. Zur Kooperation des Sportmedizinischen Dienstes mit afrikanischen Partnern
- 4.4. Afrikaspezifisches Auftreten der DDR im Weltrat für Körperkultur und Sport

III: Sport im Zeichen einer reduzierten Afrikastrategie der 1980er Jahre

5. Reduzierung, Abbruch und Ende der Sportbeziehungen nach Afrika

- 5.1. Die Afrikapolitik der DDR der 80er Jahre – ein breites Beziehungsgeflecht
- 5.2. Über die Zusammenarbeit mit Afrika im internationalen Militärsport
- 5.3. Trainingslager: Athleten des ASV Potsdam in der Höhe Äthiopiens
- 5.4. Kriterien und Qualifikation von Trainern für Tätigkeiten in Afrika
- 5.5. Arbeitsbedingungen und Umstände der DDR-Experten vor Ort
- 5.6. Teilhabe von Afrikanern am Breitensport in der DDR
- 5.7. Sportstättenbau durch die DDR in afrikanischen Ländern
- 5.8. Sportausrüstung für Afrika als Mittel einer kommerziellen Devisenbeschaffung

6. Wissenschaftliches Resümee und perspektivischer Ausblick

7. Anhang

8. Literatur- und Quellenverzeichnis

Arena des Übergangs.

Die Treuhandanstalt in den ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen 1990-1994

von Marcus Böick

I. Das Thema

Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise hat zentrale Gewissheiten in der Sphäre des Ökonomischen erschüttert; viele quasi-naturgesetzliche Prämissen über das „richtige“ bzw. „rationale“ Funktionieren des Wirtschaftslebens sind in Misskredit geraten.¹⁷ Doch auch abseits der gegenwärtigen Kontroversen um ökonomische Theorie und wirtschaftliche Praxis dürfte die seit 2007 andauernde Weltwirtschaftskrise auch die wirtschafts- bzw. zeithistorische Rückschau auf die Epochenwende 1989/90 verändern: Galt der Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften bereits Zeitgenossen als endgültiger „Triumph“ einer überlegenen westlich-liberalen Wirtschaftsordnung über ihre letzte globale Herausforderin im Systemwettbewerb, haben die jüngsten weltwirtschaftlichen Verwerfungen den „Kapitalismus“, seine Akteure, Institutionen, Praktiken und Ideen erneut zu einem (er)klärungsbedürftigen Thema werden lassen. Hierdurch verschieben sich auch die Sichtachsen auf die Geschichten der krisenhaften ökonomischen, kulturellen wie gesellschaftlichen Transformationsprozesse in den postsozialistischen Ländern Mittelosteuropas, deren umfassende Historisierung noch aussteht und die im geschichtskulturellen Gedenkanon wie in der zeithistorischen Forschung bislang keine Rolle spielen.¹⁸

Die rapide wie vollständige Umgestaltung der DDR-Zentralplanwirtschaft in eine liberal-privatkapitalistische Marktwirtschaft nach westlichem bzw. bundesdeutschem Vorbild war eine fundamentale Herausforderung im deutschen Vereinigungsprozess. Der Übergang „vom Plan zum Markt“ vollzog sich dabei nicht allein, wie in Überblicksdarstellungen suggeriert,¹⁹ durch das „modernisierende“ Wirken abstrakter „Marktkräfte“ im Rahmen einer „Schocktherapie“, sondern wurde von spezifischen Institutionen und Wirtschaftsexperten gedeutet und gestaltet: Nicht Adam Smiths „unsichtbare Hand“ vollführte quasi-automatisch den Um- bzw. Abbau der ostdeutschen Betriebslandschaft, sondern die „Treuhand“ und ihre Experten mit Sitz in Ost-Berlin bzw. in den ehemaligen Bezirkshauptstädten. Die Privatisierung, Sanierung und Abwicklung der Planwirtschaft mit über achttausend Betrieben und vier Millionen Beschäftigten war ein kompliziertes Alltags- und Massengeschäft unter politisch, ökonomisch, öffentlich wie auch von der Treuhand selbst erzeugtem Erwartungs-, Zeit- und Handlungsdruck. Diese Konstellation konfrontierte insbesondere die etwa sechstausend bundesdeutschen Wirtschafts-Experten, die zwischen 1990 und 1994 für die Treuhand tätig waren, beständig mit neuen praktischen Herausforderungen.

II. Forschungsstand

Über die Handlungs-, Praxis- und Wissensfelder der Treuhand weiß die deutsche Zeitgeschichtsforschung bis heute so gut wie nichts zu berichten.²⁰ Das Schweigen der Zunft hat vielfältige, auch empirische Gründe; ein zentraler Aspekt ist allerdings konzeptioneller Natur: Hoffnungslos überfrachtet mit medienöffentlichen Vor-Urteilen und populären Zuschreibungen liegt sie als schillernde Übergangs-Institution wie ein unglücklich verrutschter, sperriger Felsbrocken quer zu den etablierten Pfaden der jüngsten Zeitgeschichte und harrt im unübersichtlichen zeithistorischen Niemandsland jenseits innerdisziplinärer Grenzen und Epo-

¹⁷ Joseph Vogel: *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich 2010.

¹⁸ Christoph Kleßmann: „Deutschland einig Vaterland“? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Einigung, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2009).

¹⁹ Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

²⁰ Jörg Roesler: Vom Kombinatbetrieb zur verlängerten Werkbank. Beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen der Treuhandprivatisierung, in: *Deutschland-Archiv* 3 (42), S. 466-474.

chenschwellen ihrer Neuentdeckung; in der Treuhand verbinden sich die Geschichten von DDR „Bonner“ und „Berliner Republik“. Bereits die zeitgenössischen Urteile im öffentlichen Raum fielen polarisiert aus: Während die einen sie verteufelten und verdammten,²¹ priesen andere unablässig die von ihr erfolgreich vollführte patriotische „Jahrhundertaufgabe“.²² Auch die von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern zeitgenössisch projizierten Forschungen verharrten in engen Bahnen und analysierten bevorzugt institutionelle Strukturen oder Entscheidungsprozesse.²³ In der zeitgenössischen wie gegenwärtigen Literatur ist die Treuhand damit eine undurchschaubare *black box* geblieben.

III. Konzept

Für eine genuin zeithistoriographische Annäherung an die Treuhand bzw. ihre Experten sind daher weitere konzeptionelle Anstrengungen vonnöten statt einer bloßen Fortschreibung zeitgenössischer Narrative aus funktionalistischer Wissenschaft oder polarisierter Öffentlichkeit. Folgende Überlegungen bilden das Fundament des Projekts:

Erstens werden konkret deutende, handelnde bzw. gestaltende Personen im Transformationsgeschehen fokussiert, die in der bisherigen Literatur nur als korrupte „Halunken“ oder instrumentelle „Transfereliten“ auftauchen: Die Wirtschafts-Experten werden in ihrer biographisch-professionellen Vielfalt erschlossen; ihre heterogene Sozialisation und Herkunft aus Ost und West, aus verschiedenen Branchen, Unternehmen und Ämtern sowie aus unterschiedlichen akademischen Disziplinen, Generationen und Geschlechtern sind Faktoren, die ihr Deuten und Agieren mitgeprägt haben.

Zweitens werden diese Experten als Träger spezifischer Ideen, Erwartungen, Konzeptionen und Wissensformen begriffen, die sich in der wissens- und konzepthistorischen „Konvergenzzone“ Treuhandanstalt *einerseits* sowie unter dem alltäglichen Eindruck des alltäglichen Transformationsgeschehens *andererseits* stark gewandelt haben.

Drittens sind hiermit unmittelbar die Praktiken, Handlungsstrategien, Semantiken und Rationalisierungen verbunden, die die Wirtschafts-Experten entwickelten und bei ihrem alltäglichen Arbeiten bei der konkret systematischen Umwandlung ostdeutscher Betriebe in privatkapitalistische Unternehmen umzusetzen suchten.

Viertens sind diese spezifischen Routinen und Handlungsmuster nur in der beständigen Auseinandersetzung und Interaktion mit anderen zentralen Akteursgruppen wie bundesdeutschen Investoren, Politikern, Beamten, Journalisten und Wissenschaftlern sowie ostdeutschen Belegschaften und Mitarbeitern verständlich.

Fünftens erfolgten diese Aushandlungen und Begegnungen schließlich in politischen, gesellschaftlichen wie institutionellen Kontexten sowie in medien- und wissenschaftsöffentlichen Bezügen. Die Experten nahmen als Praktiker des Ökonomischen in den Begegnungs- und Interaktionsräumen an den Aushandlungen der deutschen Transformations- und Übergangsgesellschaft teil, wobei die Treuhand selbst als institutionelle „Arena dieses Übergangs“ erscheint.

IV. Methode

Gerade die „Zwischenposition“ der Institution und ihres Personals erschwert eine Festlegung auf einen theoretischen Zugriff. Vielmehr gilt es, sich an zentralen zeit- bzw. wirtschaftshistorischen Debattenfeldern zu orientieren. Vier Problemfelder bilden das methodische Gerüst: *Erstens* die jüngeren Auseinandersetzungen über *Synthesen aus Wirtschafts- und Kulturgeschichte*, die genuin wirtschaftshistorische Gegenstände mithilfe kulturhistorischer Methoden

²¹ Heinz Suhr: *Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde*, Frankfurt/M. 1991.

²² Birgit Breuel u. Michael Burda (Hg.): *Ohne historisches Vorbild. Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung*, Berlin 2005.

²³ Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000*, Frankfurt/M. 2005; Marc Kemmler: *Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums*, Frankfurt/M 1994; Stefan Weingarz: *Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften*, Münster 2003.

dekonstruieren bzw. den Blickwinkel auf Erfahrungen, Wahrnehmungen und Deutungen richten.²⁴

Zweitens die zahlreichen Veröffentlichungen zur *Geschichte von Experten- und Wissenskulturen*, die die spezifischen Produktionsmechanismen von (ökonomischen) Wissensmustern durch Expertengruppen und daraus abgeleiteten Ideen, Strategien, Semantiken und Praktiken herausarbeiten.²⁵

Drittens die methodischen Überlegungen der *transnationalen Geschichte*, um so die spezifische deutsch-deutsche Begegnungs-, Wahrnehmungs- und Interaktionskonstellationen im Transformationsgeschehen zu erfassen, die für die Treuhand mit ihrem „gemischten“ Personal charakteristisch waren.²⁶

Viertens die aktuellen zeithistorischen Debatten über eine politökonomische *Geschichte* „Nach dem Boom“ seit den siebziger Jahren. Insbesondere die postsozialistischen Transformationsstaaten der frühen neunziger Jahre sind als umfassendes „Experimentierfeld“ eines „digitalen Finanzmarktkapitalismus“ zu diskutieren.²⁷

Summa summarum ist das Projekt methodisch als eine kollektiv-biographische Wissens- und Praxis-Geschichte ökonomischer Experten konzipiert, die im Spannungsfeld vielfältiger biographisch-professioneller bzw. mentaler Vorprägungen, Erfahrungen und Erwartungen *einerseits* sowie unter dem situativ-praktischen Eindruck des krisenhaften ostdeutschen Wirtschaftsumbaus *andererseits* die Transformationsprozesse vor Ort konkret mitgestaltet; insbesondere soll dabei der Wandel ihrer Wahrnehmungen, Konzeptionen und Praktiken herausgearbeitet werden.

V. Empirie

Das Aufspüren, die Sicherung sowie die Interpretation von geeignetem Quellenmaterial ist eine der größten Herausforderungen für die neuste Zeitgeschichtsforschung.²⁸ Bei den umfangreichen wie ungeordneten Beständen der 1994 aufgelösten Treuhand ergeben sich zahlreiche Nutzungsrestriktionen, die bislang nicht zu überwinden sind. Eingedenk dessen konzentrieren sich die Material-Recherchen und -analysen aktuell auf vier Quellengruppen:

Erstens die von der Treuhand selbst herausgegebenen Quellen- und Dokumentsammlungen: Darunter das komplette, über 150.000 Beiträge umfassende *Medienarchiv* sowie eine 15-bändige *Dokumentation* mit einer Fülle an unterschiedlichsten internen Materialien.

Zweitens die im Kontext des 1993/94 aktiven Bundestags-Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ erhobenen Materialien, insbesondere die zahlreichen Stellungnahmen und Zeugenaussagen im Bundestagsarchiv.

Drittens die empirischen Rohdaten sozialwissenschaftlicher Befragungen von Treuhand-Mitarbeitern, die zwischen 1991 und 1995 in der Treuhand von verschiedenen Sozialwissenschaftlern durchgeführt wurden und ca. 120 zeitgenössische Interviews mit aktiven Treuhand-MitarbeiterInnen umfassen, um so deren „Binnensicht“ zu dokumentieren.

Viertens werden *vom Autor selbstgeführte Gespräche* mit ehemaligen Experten geführt und ausgewertet, die insbesondere die langfristigen individuellen Perspektiven auf die eigene Tätigkeit bei der Treuhand näher konturieren sollen.

²⁴ Hartmut Berghoff u. Jakob Vogel (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwandels*, Frankfurt/M. 2004.

²⁵ Alexander Nützenadel: *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*, Göttingen 2005.

²⁶ Michael Werner u. Bénédicte Zimmermann: Vergleich, Transfer, Verflechtung: Der Ansatz der *Histoire Croisée* und die Herausforderung des Transnationalen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (2002), S. 607-636.

²⁷ Anselm Doering-Manteuffel u. Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

²⁸ Kiran Klaus Patel: Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter. Neue und alte Herausforderungen, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 3 (2011), S. 331-351.

VI. Vorgehen

Im Folgenden werden die inhaltlichen Kapitel mit ihren Schwerpunkten kurz umrissen:

In einem *ersten* Kapitel werden *Vor-, Ideen- und Kontextgeschichten* zur Treuhand kurso-risch erschlossen. Dabei wird zunächst ein übergreifendes Panorama ökonomischer Leit-ideen skizziert, das die bundesdeutsche Wirtschafts- und Unternehmenslandschaft und ihr Personal seit den späten siebziger Jahren geprägt hat: die Debatten um die „Privatisierung“ öffentlichen Eigentums *einerseits* sowie die Erfahrungen mit der Re-Strukturierung bzw. „Sanierung“ von klassischen Industrieunternehmen *andererseits*. In diesem Grenzland von Poli-tik und Wirtschaft hat sich in dieser Zeit ein eigenes Wissens- und Praxisfeld etabliert, das den Erfahrungshintergrund vieler Treuhand-Manager bildete. Sodann werden in einem zwei-ten Abschnitt wesentliche politische Rahmenbedingungen der ökonomischen Transformation seit Sommer 1990 im Überblick umrissen, die als expliziter politökonomischer Gestaltungs-rahmen für den praktischen Wirtschaftsumbau zu begreifen sind.

Das *zweite* Kapitel befasst sich mit klassischen Fragen der *Institutionen- und Personalge-schichte*. Dabei werden chronologisch wesentliche Stationen und Phasen des wechselvollen institutionellen Auf-, Um- und Abbaus der Treuhand zwischen 1990 und 1994 umrissen. Dann soll die quantitative Personalentwicklung thematisiert werden, die durch biographische Einzelbefunde zur Herkunft bzw. Vorgeschichte des rekrutierten Personals qualitativ unterfüt-tert wird und so gerade die professionelle Heterogenität der gerufenen Experten herausar-beitet.

Ein *drittes* Kapitel präpariert *alltags- bzw. erfahrungshistorische Dimensionen des Arbeits-bzw. Privatalltags* im Postsozialismus aus der Perspektive bundesdeutscher Experten her-aus: Thematisiert werden Ankommen bzw. erste Eindrücke, Wohnen, Freizeit, (private) Kommunikation, Heimkehr sowie die „Beobachtung“ der ostdeutschen Gesellschaft. Dane-ben werden auch materielle Arbeitsbedingungen behandelt – Dienstgebäude, Räumlichkei-ten, Möblierung sowie technische Ausstattung. Diese intensiven alltäglichen Eindrücke au-ßerhalb und innerhalb des Treuhand-Kosmos bilden einen integralen Teil des Lebens und Arbeitens in und an der Transformationsgesellschaft.

Das *vierte* Kapitel widmet sich den *verschiedenen Praxis- und Handlungsfeldern*. Themati-siert werden dabei das Organisieren bzw. der Aufbau von Strukturen, Regelwerken und Pro-zeduren; die Ansätze zum systematischen Erfassen und allmählichen Verstehen der für die Westmanager schwer durchschaubaren ostdeutschen Betriebslandschaft sowie die Techni-ken und Prozeduren zur Bewertung und Evaluierung der (Zukunfts-)Perspektiven einzelner Betriebsstätten. Sodann sollen die „Kernaufgaben“ der Treuhand-Manager als verschiedene Handlungsfelder erschlossen werden: das Privatisieren, Sanieren sowie Abwickeln von Be-trieben. Hierbei transformierten die Experten ihnen vertraute Verfahrens- und Wissensmus-ter, indem sie diese an die spezifischen Kontexte des postsozialistischen Wirtschaftsumbaus anpassten.

Im *fünften* Kapitel werden *professionelle Begegnungs- und Interaktionsgeschichten* heraus-gearbeitet, die für die praktische Tätigkeit charakteristisch waren: *Einerseits* im institutionel-len Binnenraum zwischen Ost- und Westdeutschen, Beamten und Managern sowie zwischen den Generationen und Geschlechtern; *andererseits* die externen Aus- bzw. Verhandlungen mit Investoren, Betriebsführungen, Belegschaften, Gewerkschaftern, Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern.

Ein *sechstes* Kapitel geht schließlich motivisch und bilanzierend vor, um anhand verschiede-ner Gesellschaftsbeschreibungen, Zukunfts- und Vergangenheitsdeutungen, Krisendiagnos-en und expliziter Selbstentwürfe mögliche *Grundzüge einer spezifischen „Mentalität“* des Treuhand-Personals zu erarbeiten.

VII. Fazit

Das Projekt erzählt die Geschichte der vielen Männer und wenigen Frauen, die nach 1990 zu Tausenden als Wirtschafts-Experten den rapiden Umbau der DDR-Wirtschaft betrieben; es beschreibt ihre Vorerfahrungen, Erwartungen und Konzeptionen, mit denen sie ostwärts aufbrachen und zeigt zugleich, welche konkreten Wandlungen das praktische Engagement im Osten auslöste. Die Wirtschafts-Experten brachten als sehr heterogene Gruppe von bundesdeutschen Industriemanagern, Beamten, Beratern, Ingenieuren oder Juristen verschiedener Generationen *einerseits* Erwartungen, Erfahrungen sowie spezifisches Handlungs- und Prozesswissen im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft mit in den Osten, das sie beim systematischen Umbau der ostdeutschen Industrie nach westdeutschem Vorbild nutzen sollten und wollten. Sie glaubten zu wissen, wie „der“ Kapitalismus, besser: das Ordnungsgefüge zwischen Staat, Märkten und Unternehmen „korrekt“ *funktionieren* sollte. Diese professionellen Konzeptionen und Ordnungsentwürfe trafen *andererseits* im „Alltag“ des postsozialistischen Wirtschaftsumbaus auf die dynamischen wie unübersichtlichen Konstellationen einer post-sozialistischen Zentralplanwirtschaft und ihrer Unternehmen mit massiven strukturellen Schieflagen und wurden dabei selbst transformiert.

Schließlich erscheint das praktische, alltägliche Wirken der Treuhand-Experten als *Miniatur* und *Experiment* zugleich: *Miniatur*, weil sich hier im Kleinen grundlegende Wissensformen, Routinen und Praktiken der bundesdeutschen bzw. kapitalistischen Wirtschaftswelt der achtziger und neunziger Jahre materialisierten; *Experiment*, weil sich diese Formen bei der alltäglichen Gestaltung bzw. der Praxis des Wirtschaftsumbaus selbst verwandelten. Der Umbau der Planwirtschaft und ihrer tausenden Unternehmen erscheint keinesfalls als ein sich naturgesetzlich vollziehender Prozess, bei dem anonyme Marktgesetze ihre Wirkung entfaltet haben, sondern er wurde von bundesdeutschen Experten konkret *gestaltet*.

Kurzbiographie

Marcus Böick, 1983 in Aschersleben geboren, studierte von 2004 bis 2009 Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an der Ruhr-Universität Bochum und war als Tutor und Hilfskraft, ab 2010 als Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte tätig. Seine Masterarbeit behandelte mediale, wissenschaftliche wie politische Diskurse über den Umbau der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990. Veröffentlichungen u.a. im *Deutschland Archiv*.

Gliederungsentwurf

I.	Einleitung 1. Forschungsstand & Literatur 2. Konzept & Methodik 3. Quellen 4. Leitfrage	ca. 30 S.
II.	Vor- und Kontextgeschichten 1. Ökonomische Leitideen seit den siebziger Jahren Privatisierung und Strukturwandel in der Wirtschaft der achtziger Jahre 2. Rahmenbedingungen des Wirtschaftsumbaus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den neunziger Jahren	ca. 20 S.
III.	Institutionen- und Personalgeschichte 1. Institutionengeschichte Entstehung, Umbau, Ausbau, Auflösung 2. Personalentwicklung der THA im Überblick Rekrutierung, Expansion, Qualifikation, Abbau 3. Biographische Passagen zur Treuhand Vor-Erfahrungen, Herkunft, Motive	ca. 50 S.
IV.	Alltags- und Erfahrungsgeschichten 1. Leben <i>in</i> der Transformationsgesellschaft Ankommen, Wohnen, Freizeit-verbringen, Kommunizieren/Reisen, Heimkehren, Zusammen-Leben, Gesellschaft-Beobachten 2. Arbeiten <i>an</i> der Transformation Anwerben/Bewerben, Aneignen/Gestalten	ca. 50 S.
V.	Wissens- und Praxisgeschichten 1. Organisieren/Strukturieren/Planen 2. Verstehen/Erfassen 3. Bewerten/Evaluieren 4. Vermarkten 5. Privatisieren 6. Sanieren 7. Stilllegen 8. Kontrollieren	ca. 100 S.
VI.	Begegnungsgeschichten 1. Im Binnenraum Ost-West (Führen, Lernen/Lehren, Motivieren), Manager-Beamte, Generationen, Geschlechter 2. Externe Begegnungen Investoren, Betriebe, Gewerkschaften, Politik/Verwaltung, Öffentlichkeit, Wissenschaft	ca. 50 S.

VII.	Wahrnehmungs- und Mentalitätsgeschichten	ca. 50 S.
	1. Bilder vom Sozialismus 2. Bilder vom Kapitalismus 3. Krisendiagnosen 4. Zukunftsentwürfe 5. Selbst- und Fremdbilder	
VIII.	Schluss: Experten in der Arena des Übergangs: Wahrnehmung, Praxis, Wissen im Wandel	ca. 10 S.
IX.	Anhang	
	1. Literaturverzeichnis	
	2. Quellenverzeichnis	

Nach dem Staatssozialismus. Die Geschichtspolitik der Deutungseliten in Deutschland und Polen, 1989-2009. Ein beziehungsgeschichtlicher Dikturaufarbeitungsvergleich

von Peter Römer

Die Aufarbeitung staatssozialistischer Vergangenheit war in Deutschland und Polen 1989 von aufeinander bezogenen Handlungen geprägt. An diesem historischen Wendepunkt, der den Ausgangspunkt der Untersuchungen bildet, erkannte die deutsche Regierung nach zähen Verhandlungen endgültig die polnische Westgrenze an. Somit löste sich eine geschichtspolitische Hypothek zwischen beiden Nationen auf. Nichtsdestotrotz wurden alte Ängste wieder sichtbar. Offenkundig wurde, auf welchem historisch vorbelasteten Terrain die deutsch-polnischen Beziehungen standen. Auch 2009, am Ende des Untersuchungszeitraums, war das Aufarbeitungsgeschehen zwischen beiden Ländern stark miteinander verflochten. So stieß Lech Wałęsa am Jahrestag des Mauerfalls in Berlin den ersten einer Reihe von Dominosteinen an und demonstrierte so die Bedeutung der Solidarność für die Entwicklung in Ostmitteleuropa 1989/90. Mit einiger Berechtigung kann 2009 als binationales Erinnerungsjahr bezeichnet werden. Und dazwischen? Mit dem dicken Strich in Polen und der Stasiaktenöffnung in Deutschland verlief die Aufarbeitungsgeschichte beider Länder zunächst höchst unterschiedlich. Dennoch gab es frühe Ähnlichkeiten, wenig später Transferprozesse und sowohl gegensätzliche wie auch gemeinsame Wege des geschichtspolitischen Umgangs mit vorangegangener Diktatur. Der Verlauf der Vergangenheitsaufarbeitung wurde also im deutschen und polnischen Fall durch das jeweilige Nachbarland beeinflusst. Sie blieb dabei stets an gesellschaftliche Diskussionen über Geschichte gebunden. Die Diskussionen über polnische Täterschaft im Zuge der Jedwabne-Debatte oder die Auseinandersetzung um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ rüttelten an vormals klaren Zuschreibungen und wirkten auf die Aufarbeitung „von oben“ zurück. Manchmal stieß auch diese jedoch gesellschaftliche Diskussion über Geschichte in und zwischen beiden Nationen an.

Die Arbeit hat zum Ziel, die Geschichtspolitik von Akteuren mit historischer Deutungsmacht hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Resultate beziehungsgeschichtlich zu analysieren. Die betrachteten Akteure können als „Deutungseliten“ bezeichnet werden. Dies sind vornehmlich Politiker, aber auch Journalisten, Intellektuelle und Wissenschaftler. Dargelegt wird, ob und wie in den jeweiligen Aufarbeitungsverläufen auf Entwicklungen im Nachbarland Bezug genommen worden ist und was zwischen beiden Staaten geschah – ein bisher nur unterbelichtet betrachteter Prozess. Zudem wird festgestellt, inwiefern sich Auswirkungen der Aufarbeitungsdiskurse auf die nationalen, bi- und transnationalen Erinnerungskulturen ergeben haben. Sollte beides zutreffen, müssten Modelle einer vorbildhaften Aufarbeitung um grenzüberschreitende Aspekte erweitert werden.

Vorangestellt wird dem Hauptteil ein Prolog. Neben den Bindungen an politisch-praktische Kontexte wird die erinnerungskulturelle Situation Deutschlands und Polens bis 1989 als Voraussetzung der dann einsetzenden Aufarbeitungen beschrieben. Diese Ausgangssituation dient als Vergleichsfolie, um damit Veränderungen in den darauf folgenden 20 Jahren kontrastieren zu können. Die Haupteckdaten des Prologs ist, dass im geschichtspolitischen Verhältnis beider Länder vorbestimmte Rollen existierten. Dargelegt wird, wie beide Nationen in zwei diktatorischen und einem demokratischen System vor 1989 eine brüchige Täter-Opfer-Konstellation herausgebildet haben.

Diese Situation bietet Anlass, das deutsch-polnische Beispiel aus dem europäischen und globalen Aufarbeitungsgeschehen herauszugreifen. Erinnerungskultur wird verstanden als das über die Vergangenheit in einer Gesellschaft sagbare, dessen Veränderungen durch Thematisierung im öffentlichen Raum entstehen. Entsprechend lassen sich Konjunkturen von historischen Themen wie auch Bedeutungs- und Inhaltsveränderungen bei der Vergewärtigung historischen Selbstverständnisses beschreiben.

Im Hauptteil wird gezeigt, wann und wie Aufarbeitungsprozesse hierzu beitragen. Leitlinie der Analyse sind maßgebende Aufarbeitungsdiskussionen und Akteure zwischen 1989 und 2009. Die ausgewählten Diskussionen werden in ihrer Wirkung von innen nach außen betrachtet. Dies bedeutet, dass zunächst die Diskurse selbst und anschließend die Auswirkungen auf ihre Kontexte betrachtet werden. Letztere können in die parallel fortlaufende Entwicklung der Erinnerungskultur sowie den vollständigen Aufarbeitungsverlauf in und zwischen beiden Ländern unterteilt werden. Die Wirkung der Diskurse auf diese Kontexte wird im Anschluss an verschiedene Phasen in Zwischenfazit überprüft. Die einzelnen Phasen beschreiben die unterschiedlichen Konjunkturen des Verhältnisses zwischen dem deutschen und polnischen Aufarbeitungsweg.

Die Arbeit umschließt sowohl parallele Entwicklungen, als auch vorab verflochtene Diskurse. Hierzu je ein Beispiel: 2004 sind Bemühungen festzustellen gewesen, die Gedenkstättenkonzeption des Bundes zu erneuern, während es zeitgleich auch in Polen Diskussionen um die Form der Präsentation historischer Inhalte gab, besonders um das „Museum des Warschauer Aufstandes“. Beide Diskurse werden verglichen und auf mögliche Transfers oder Verflechtungen untersucht. Zu den von vorneherein verflochten verlaufenen Diskursen zählen hingegen die Ereignisse des Gedenkjahrs 2009.

Nicht zufällig ist die Epochenäsur von 1989 Ausgangspunkt der Arbeit. Der notwendig gewordene Umgang mit den jeweiligen, just beendeten staatssozialistischen Diktaturen eröffnete ein neues Feld der Vergangenheitsauseinandersetzung. In beiden Ländern ist dieses Aufarbeitungsfeld mit dem jeweiligen Umgang mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg verschränkt. Daher wird dargestellt, inwiefern die neue Situation eine Veränderung der polnischen wie deutschen Thematisierung des Zweiten Weltkriegs in Gang gesetzt hatte. So revitalisierte sich der antitotalitäre Konsens nach dem Ende des Staatssozialismus in Deutschland, auch auf Bestreben ehemaliger DDR-Oppositioneller. Die Geschichtspolitik der schwarz-gelben Koalition stand damit im Einklang und war vor allem in den ersten Jahren nach 1989 von einer Nivellierung von Opfergruppen geprägt, die sich in der Gedenkstätte „Neue Wache“ manifestierte. Auf diese Weise waren viele Themen aus dem Zweiten Weltkrieg wieder sag- und darstellbar, die vor 1989 nicht dem Zeitgeist entsprachen. Hier liegt eine Wurzel der geschichtspolitischen Konflikte zwischen Deutschland und Polen und dem Verlauf des polnischen Aufarbeitungswegs nach 2000. An diesem und anderen Beispielen wird dargelegt, inwieweit Effekte auf einer transdiktatorischen Ebene in und zwischen beiden Ländern erfolgten.

Insgesamt vier Aufarbeitungsfelder kommen dabei in den Blick: Erstens die deutsche Aufarbeitung des Staatssozialismus, zweitens die parallel fortlaufende Aufarbeitung des Nationalsozialismus, drittens der polnische Bewältigung des Staatssozialismus und schließlich der polnische Umgang mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Die Grenzen zwischen den vier Aufarbeitungsfeldern können durchlässig sein, eine Entscheidung in einem Pfad der Aufarbeitung Folgen auch für andere haben. Nur ein Beispiel: Die Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung in Polen ist nicht nur in der Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs, sondern auch in der Auseinandersetzung um den Staatssozialismus zu verorten. Sie hatte jedoch grenzüberschreitende Wirkung – auf die deutsche NS-Aufarbeitung. So wurde Erika Steinbach ein Sitz im Rat der vom Deutschen Historischen Museum getragenen Stiftung „Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ mit Rücksichtnahme auf Polen verwehrt.

Prägnant zusammengefasst kann man von einem „Banden-Konzept“ der Analyse sprechen. Der Ausgangs- und Schwerpunkt der Arbeit bei der Aufarbeitung des Staatssozialismus klammert demnach Diskussionen, die in der „anderen“ Diktaturaufarbeitung wurzeln nicht aus, sondern stellt viel mehr Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Feldern her. National ausgehandelte wie auch deutlich binationale Diskurse aus allen Aufarbeitungskomplexen werden daher in die Analyse miteinbezogen.

Als Quellen werden neben Sekundärliteratur Parlamentsprotokolle und Presseartikel verwendet. Im deutschen Bundestag und im polnischen Sejm wurden konkrete Aufarbeitungsmaßnahmen verhandelt und über sie entschieden. Die Auswertung von Presseerzeugnissen dient dazu, Aussagen von Deutungseliten mit einzubeziehen, die zum Analysezeitpunkt nicht in den Parlamenten vertreten waren, aber dennoch den Aufarbeitungsprozess beeinflussten. Durch sie können außerparlamentarische Diskussionen wie auch die erinnerungskulturellen Sagbarkeitsnormen der jeweiligen Zeit nachgezeichnet werden.

Der Beginn der Aufarbeitungsprozesse war von gegensätzlichen Interessen geprägt, die das erste Kapitel des Hauptteils bestimmen (1989-1992). Konträr wirkten dabei die Politik des „dicken Strichs“ (*gruba kreska*) und die frühe Aufarbeitungsinstitutionalisierung in Deutschland. Beziehungsgeschichte ergab sich in dieser Phase vornehmlich durch Abgrenzung, wie etwa in der Aushandlung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Deutlich wurde hier der Einfluss der polnischen Haltung auf die deutsche Politik: Die Frage nach dem Grad der Rücksichtnahme auf polnische Empfindlichkeiten hatte harte, koalitionsinterne Auseinandersetzungen in Bonn zur Folge. Das Zögern Kohls wirkte wiederum auf die polnische Bevölkerung zurück.

Dennoch kam es zeitig zu Ähnlichkeiten, Adaptionen und Ansätzen einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit (1992-1996). Bereits früh wurde in Polen die deutsche Aufarbeitungsdebatte als Kontrastfolie genutzt. Dies gilt nicht nur für den Umgang mit der DDR, sondern auch mit dem Nationalsozialismus. Das deutsche Beispiel wurde vor allem von der parlamentarischen Rechten gerühmt und mit dem polnischen Umgang mit Funktionsträgern der Volksrepublik verglichen. Auch erste Ansätze der Zusammenarbeit erfolgten: Vor allem das Wirken Joachim Gaucks in Polen ist dabei hervorzuheben. So wurden Materialien der BStU an ehemalige Oppositionelle weitergegeben, verbunden mit einer Kritik Gaucks an der Politik des „dicken Strichs“. Auch die deutsche NS-Aufarbeitung bekam durch die neue Aufarbeitungsform entscheidende Impulse: Die beiden vom Bundestag eingesetzten Enquetekommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeiteten Grundsätze für gesamtdeutsche Formen der Erinnerung, die ausdrücklich das Gedenken an den Nationalsozialismus miteinbezogen.

Deutsche Wege konnten in einer daran anschließenden Phase gar als Vorbild für einen polnischen Transfer von Aufarbeitungsmethodik gelten (1997-2000). Polnische Politiker stießen die Gründung des Instituts für nationales Gedenken (IPN) und eine Lustrationsgesetzgebung an und verwiesen dabei auf den deutschen Aufarbeitungsweg.

Von 2000 an spaltete sich die binationale Aufarbeitungsgeschichte unter dem Einfluss einer polarisierten Erinnerungskultur zwischen Europäisierung und nationaler Zentrierung. Zum einen galten deutsche Wege für einen Teil der polnischen Deutungselite nun als Bedrohung. Dabei vermischten sich die Aufarbeitungsfelder besonders in der Geschichtspolitik der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Die Notwendigkeit einer staatlichen, patriotischen Erziehung leitete die PiS sowohl aus einer konstatierten Kontinuität staatssozialistischer Seilschaften, wie auch einem vermeintlich oder tatsächlich revisionistischen Blick der Deutschen auf den Zweiten Weltkrieg ab. Der Verlauf deutscher Erinnerungskultur prägte demnach die Geschichtspolitik der PiS.

Parallel gab es vergleichbare Aufarbeitungsprobleme. So stritten Deutungseliten in beiden Ländern um ähnliche Grundfragen. Deutlich wurde, dass das grundsätzliche Verhältnis zur Geschichte der eigenen Nation in dieser Zeit auf beiden Seiten der Oder neu diskutiert worden ist. Das mögliche Ausmaß der Kritik an der eigenen Vergangenheit war dabei die Kernfrage.

Die Deutungseliten mussten ihre Geschichtspolitik nun ferner anhand einer zunehmenden Transnationalisierung orientieren. Es kam im Zuge des EU-Beitritts Polens zu Bestrebungen, einzelne Aspekte der Vergangenheitsaufarbeitung grenzüberschreitend zu organisieren.

Dies gilt besonders für die Arbeit des IPN und der BStU. Der Jubiläumstag des Mauerfalls zeigte 2009 zudem eine neue Erzählung auf. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus wurde hier als binationale Errungenschaft inszeniert.

In Anschluss an den Hauptteil bilanziert ein Epilog die erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Situation in und zwischen beiden Ländern nach zwanzig Aufarbeitungsjahren. Zudem wird eine Verortung der deutschen, polnischen und deutsch-polnischen erinnerungskulturellen Situation im europäischen und globalen Raum geleistet.

Als mögliche Thesen zeichnen sich einige Tendenzen bereits jetzt ab.

1. Die Ereignisse der Jahre 1989/90 und die daraus resultierenden beiden neuen Aufarbeitungsfelder setzten in und zwischen beiden Ländern einen verdichteten, heterogenen und stetigen Wandlungen unterworfenen Diskurs über die Aufarbeitung von Vergangenheit in Gang. Die DDR-Aufarbeitung beeinflusste rasch die deutsche NS-Aufarbeitung und bald auch die polnische Kommunismus-Aufarbeitung. Schließlich wurden erinnerungskulturelle Selbstverständnisse national und binational neu diskutiert, etwas, was ohne die rasch institutionalisierte DDR-Aufarbeitung anders verlaufen wäre. Zudem lassen sich Tendenzen der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung des Staatssozialismus konstatieren. Viele der binationalen Diskurse der letzten Jahre (Vertreibungen, Opferdiskurs etc.) haben ihre Wurzeln daher letztlich in den „neuen“ Aufarbeitungsfeldern.
2. Eine Veränderung in einem der vier Aufarbeitungskomplexe kann Folgen für jeden anderen haben. Jedes Aufarbeitungsfeld hat zu den Änderungen der Erinnerungskultur beigetragen, jedes hatte zumindest mittelbare Wirkungen auf andere und machte nicht vor Staatsgrenzen halt.
3. Wenn eine direkte Zusammenarbeit beider Länder in der Aufarbeitung erfolgte, hatte diese kaum erinnerungskulturelle Wirkung. Ganz anders sieht es mit binationalen Disputen, nicht von vorneherein intendierten Verflechtungen und langfristigen Folgen aus.
4. Die Geschichte der Vergangenheitsaufarbeitung lässt sich nicht in zwei saubere Hälften trennen. Zwar bleibt ein gewisses Aufmerksamkeitsgefälle zwischen den politisch Handelnden beider Länder bestehen. Mit zunehmender Dauer sind jedoch nicht nur Beeinflussungen in eine Richtung, von Deutschland nach Polen, sondern in beide Richtungen zu erkennen. Dies wird durch das „Banden-Konzept“ dieses Projekts und den direkten Methoden der Zusammenarbeit der Aufarbeitung in beiden Ländern deutlich.

Kurzbiographie

Peter Römer, 1984 in Hamburg geboren, studierte Politikwissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte und Öffentliches Recht in Münster und Warschau. Hier entstand auch sein nachhaltiges Interesse an Polen, das er durch einschlägige Praktika verstärkte. Seine Magisterarbeit beschäftigte sich mit der Geschichtspolitik von „Recht und Gerechtigkeit“. Seit Frühjahr 2010 arbeitet er unter Betreuung von Prof. Dr. Thomas Großbölting an seiner Dissertation.

GLIEDERUNG

I. Einleitung (20 Seiten)

II. Theoretischer Rahmen und Methodik (30 Seiten)

1. Begriffliche Grundlagen und Konzepte: Erinnerungskultur, Geschichtspolitik und Aufarbeitung
2. Forschungsstand
3. Methodik für den beziehungsgeschichtlichen Diktaturaufarbeitsvergleich
 - 3.1. Diskursanalyse
 - 3.2. Transfer- und Verflechtungsgeschichte
 - 3.3. Neue Ansätze zur Analyse von Geschichtspolitik
4. Orientierungsmodell für die zu untersuchenden Diskurse

III. Hauptteil: Beziehungsgeschichtlicher Diktaturaufarbeitsvergleich

1. Prolog

- 1.1. Politische Rahmenbedingungen zu Beginn der Aufarbeitungen (10 Seiten)
- 1.2. Die erinnerungskulturelle Beziehung beider Nationen bis 1989: Eine brüchige Täter-Opfer Konstellation (40 Seiten)
 - 1.2.1. Bundesrepublik und DDR
 - 1.2.2. Volksrepublik Polen
 - 1.2.3. Erinnerungskulturelle Beziehungsgeschichte

2. Chronologie der binationalen Aufarbeitungsgeschichte

- 2.1. *Gegensätzliche Interessen (1989-1992)* (40 Seiten)
 - 2.1.1. Der Streit um die Anerkennung der polnischen Westgrenze im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses
 - 2.1.2. Absage an Schlussstrichforderungen/„Der dicke Strich“
 - 2.1.3. Rasche Institutionalisierung der Aktenöffnung/Instrumentalisierung „geschlossener“ Akten der Regierung Olszewski
 - 2.1.4. Zwischenfazit: Eine Änderung der „Sagbarkeitsregeln“ über die Vergangenheit und des gesamten Aufarbeitungsprozesses im nationalen und binationalen Verhältnis durch die gegensätzliche Vergangenheitspolitik 1989-1992?
- 2.2. *Frühe Ähnlichkeiten und Annäherung (1992-1996)* (50 Seiten)
 - 2.2.1. Oleksy und Stolpe: Zwei Beispiele für den Umgang mit Enthüllungen
 - 2.2.2. Beurteilung von Vorgängerstaat und Umbruch in Enquetekommissionen und Sejm
 - 2.2.3. „Versöhnungskitsch“ zwischen beiden Nationen
 - 2.2.4. Ansätze einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit der Aufarbeitung
 - 2.2.5. Zwischenfazit: „Sagbarkeitsregeln“ und Gesamtaufarbeitungsprozess 1992-1996
- 2.3. *Transferprozesse: Deutsche Wege als Vorbild (1997-2000)* (30 Seiten)
 - 2.3.1. Lustrationsgesetzgebung
 - 2.3.2. Gründung und Etablierung des IPN
 - 2.3.3. Zwischenfazit: „Sagbarkeitsregeln“ und Gesamtaufarbeitungsprozess 1997-2000
- 2.4. *Parallele Entwicklungen I: Deutsche Wege als Bedrohung (2000-2009)* (30 Seiten)
 - 2.4.1. Jedwabne- und Vertriebenenendebatte vor dem Hintergrund des deutschen Opferdiskurses
 - 2.4.2. Eine deutsch-russische Allianz?

2.4.3. Das jüdische Schicksal als Kontroverse zwischen beiden Nationen

2.5. *Parallele Entwicklungen II: Ähnliche Aufarbeitungsprobleme* (2000-2009) (30 Seiten)

2.5.1. Deutungskonflikte um das neue Gedenkstättenkonzept des Bundes und die musealen Projekte der PiS

2.5.2. Der „Fall Kohl“ und die „Wildstein-Liste“

2.5.3. Diskussionen um die Zukunft der DDR-Aufarbeitung und die Vision einer „4. Republik“

2.6. *Parallele Entwicklungen III: Transnationalisierung der Aufarbeitung?* (2000-2009) (40 Seiten)

2.6.1. „Rückkehr nach Europa“? Deutungseliten zum polnischen EU-Beitritt 2004

2.6.2. Institutionalisierung der Vernetzung von BStU und IPN

2.6.3. Das Gedenkjahr 2009 als binationale Erfahrung?

2.6.4. Zwischenfazit: „Sagbarkeitsregeln“ und Gesamtaufarbeitungsprozess 2000-2009

3. **Epilog:** Erinnerungskulturelle Bilanz zwanzig Jahre nach 1989 in Deutschland und Polen: Eine veränderte Konstellation (20-30 Seiten)

IV. **Fazit (30 Seiten)**

V. **Literaturverzeichnis**

Die Konstruktion sozialistischer Rollenbilder durch Verkörpern, Darstellen und (Inter-)Agieren im DEFA-Film

von Doris Schöps

Autoritäre Systeme wollen ein Massenpublikum erreichen, um diesem ihre einseitige Interpretation von Wirklichkeit, von Geschichte aber auch vom eigenen Gemeinwesen nahe zu bringen. Eine im Film gezeigte Realität ist kein Abbild der Welt, sondern eine eigene Zeichenwelt, wenn auch gespeist aus Versatzstücken der außerfilmischen Welt. Dadurch eignet sich der Film als ideologisches Werkzeug. Gleichzeitig kann im Rahmen einer Filmanalyse eine herrschende Doktrin anhand der Form von Stoffen, Choreografien, Bildern, Handlungen veranschaulicht werden. Dies lässt sich auch für die DDR feststellen. Die SED kontrollierte die Filmindustrie (DEFA-Studios), wobei sie Wert auf eine Zeichnung der DDR legte, die ihrer Weltanschauung gemäß war.

Innerhalb einer Gesellschaft existieren Rollenmuster und -vorstellungen, an denen sich die Menschen orientieren. Rollen setzen sich aus Elementen wie Beruf, Gender, Herkunft, Einstellung und gesellschaftlicher Status zusammen. Werden diese Rollen in Filmen dargestellt, kann man von *Rollenbildern* sprechen. Im DDR-Film umfasst das etwa die Personengruppen Werktätige, Mütter, Jungpioniere, FDJ'ler, Abweichler, Intellektuelle, Anwälte, Spione, Klassenfeinde, Parteifunktionäre und Künstler. Die Rollenbilder können sich auch innerhalb einer Filmfigur überschneiden.

Die Kulturpolitik der DDR hatte zum Ziel, die Bürger zum Sozialismus zu erziehen. So galt es, Rollenbilder in Film und Fernsehen zu schaffen, die zur Orientierung an bestimmten Verhaltensweisen aufriefen. Ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Darstellung dieser Rollenbilder ist die Körpersprache der Filmfiguren. Dabei kann ein Gesichtsausdruck, eine Körperhaltung, eine Geste, ein Blick an Bedeutung gewinnen und als Zeichen für eine ganze Menschengruppe, eine soziale Klasse, einen Wertekanon stehen. So kann eine vollzogene Körperhaltung, etwa *Stehen mit den Händen in den Hosentaschen*, im Film der Inszenierung des Rollenbilds „Halbstarker“ dienen. Zudem kann eine Geste wie der *Pioniergruß*, die bereits außerfilmisch eine eindeutige Botschaft enthält, im Film auf Aspekte der politischen Realität verweisen.

Gegenstand der Dissertation ist es, die Rolle von Körpersprache (Gesten und Posen) für den DDR-Film zu untersuchen und dabei zu prüfen, inwieweit sie für die Konstruktion sozialistischer Rollenbilder eingesetzt wurde. Dabei ergeben sich folgende Fragen:

- Welche nonverbalen Verhaltens- und Kommunikationsweisen werden filmisch dargestellt?
- Welche Rollenbilder werden durch diese Verhaltens- und Kommunikationsweisen verkörpert? Verändert sich ihre Inszenierung im Verlauf der Geschichte des DEFA-Films?
- Welche alltagsweltlichen und kulturhistorischen Bezüge lassen sich für konkrete Posen und Gesten, die für Rollenbilder relevant sind, feststellen?

Um diese Fragen beantworten zu können, wird ein Korpus an Filmsequenzen des Genres „sozialistischer Gegenwartsfilm“ für einzelne Rollentypen erstellt. Die Zusammenstellung des Filmkorpus berücksichtigt kulturpolitische Phasen. Die Sequenzen enthalten häufig vorkommende Gesten und Posen, eingebunden in bestimmte Interaktionsmuster und wiederkehrende Situationen. Die Sequenzanalyse dient dazu, die herausgefilterten Rollenbilder samt ihrer Körpersprache einander gegenüberzustellen. Im Anschluss sollen

Querverweise für einzelne Posen und Gesten aus historisch-vergleichender Perspektive gefunden werden. Als Quellen dafür kommen der Sowjetfilm, die westdeutsche Filmgeschichte sowie Gattungstypologien der bildenden Kunst in Frage.

Die Dissertation will zeigen, wie die filmische Körpersprache ein ideales Abbild der DDR-Utopie auf einer alltäglichen Ebene des (Inter-)Agierens verwirklichte, oder es in Frage stellte. Bis in das Körperverhalten der dargestellten Figuren hinein findet man Spuren der vorgeschriebenen politischen Linie, aber auch Abweichungen davon innerhalb der jeweils möglichen Grenzen.

Kurzbiographie

Doris Schöps, 1978 in Dresden geboren, studierte Kunstpädagogik, Germanistik und Italienisch in Dresden, Rom und Berlin. Staatsexamensarbeit zu „Syntagmatische Sinnbeziehungen in Sprache und Gestik“. 2009 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Innovationszentrum Wissensforschung (Berlin). Publikation (in Vorbereitung), „Posen als virtuelle Praxis im Spielfilm“, Kodikas/Code. Dissertation im Fach Semiotik bei Prof. Roland Posner (TU Berlin).

Gliederung der Arbeit

I. Einleitung; Theoretische Grundlagen

1. Mensch als Zeichen
2. Kriterien für Körperhaltungen und Körperbewegungen als Zeichenverhalten
3. Posen und Gesten als Forschungsgegenstand
4. Auffassungen von verbalen und nonverbalen Zeichengebrauch als Interaktion und Kommunikation [Searle (1969), Goffman (1974) Posner (1993), Müller 1998]

II. Filmschaffen in der DDR

1. Kulturdoktrin des Realsozialismus
2. Forderung nach Leitbildern sozialistischen Handelns
3. Phasen der DEFA-Filmproduktion im zeitpolitischen Kontext

III. Erhebung des Korpus: Posen und Gesten im DEFA-Film

1. Zugänge zu Posen und Gesten als symbolischen Ausdrucksformen in den Künsten
2. Theoretische und methodische Aspekte der gewählten Form der Filmanalyse
3. Auswahl der Filme (Zeitkontext, Themen, Genre, Figurenkonstellationen)
4. Untersuchungskriterien für Posen und Gesten
5. Katalogisierung der filmisch erfassten Posen und Gesten gemäß der Untersuchungskriterien

IV. Auswertung des Korpus: Sozialistische Rollentypen und deren Inhalt-Form-Bezüge im Hinblick auf kulturhistorische und filmgenealogische Vorbilder

1. Verkörperte Leitbilder kollektiven Handelns und gebilligtes Benehmen in verschiedenen sozialen Räumen (z.B. an öffentlichen Plätzen, in der Wohnung, bei der Arbeit / z.B. Posen und Gesten der Arbeiter, Frauen, Funktionäre)
2. Gewollte und ungewollte Gegenentwürfe (z.B. Attitüden des Protests)

Literatur kritischer und subversiver Autorinnen und Autoren im VEB Hinstorff Verlag Rostock – ihre Entwicklung und Unterdrückung 1959 bis 1990

von Kerstin Schmidt

Der VEB Hinstorff Verlag Rostock war einer der wichtigsten Verlage für Belletristik in der DDR. Unter dem Verlagsleiter Konrad Reich (1928-2010) und dem Cheflektor Dr. Kurt Batt (1931-1975) entwickelte sich der regionale Verlag in den 1960er und 1970er Jahren zu einem Zentrum für anspruchsvolle und innovative DDR-Gegenwartsliteratur. Schriftsteller wie Franz Fühmann, Klaus Schlesinger, Ulrich Plenzdorf und Jurek Becker zählten zu den Stammautoren des Verlags. Viele dort verlegte Werke lösten heftige Debatten im „Leseland“ aus – wie beispielsweise *Die neuen Leiden des jungen W.* von Ulrich Plenzdorf 1973.

Der volkseigene Hinstorff Verlag, der neben DDR-Gegenwartsliteratur u.a. regionale, maritime und nordeuropäische Literatur publizierte, nahm in der Verlagslandschaft der DDR eine besondere Stellung ein. Im Gegensatz zu anderen Belletristik-Verlagen der DDR, wie z.B. dem Aufbau-Verlag, förderte der Hinstorff Verlag in den 1960er und 1970er Jahren die jüngere Autorengeneration; eine Generation, die sich nicht davor scheute, Konflikte und Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft literarisch zu verarbeiten. Durch die Publikation von Literatur, die sich durch ungewohnte Stile, kritische Themen und moderne Gestaltungsmittel auszeichnete, versuchte der Rostocker Verlag den Raum des literarisch Möglichen in der DDR zu erweitern. Dadurch erlangte der Verlag zunehmend den Ruf, kritische Literatur zu versammeln. Ab Mitte der 1970er Jahre geriet Hinstorff in die Kritik der SED und in das Visier der Staatssicherheit. Eine stärkere Kontrolle war die Folge, brisante Texte wurden verhindert. Prosadebüts von Hans Joachim Schädlich, Thomas Brasch und Wolfgang Hege- wald, die als Manuskripte im Verlag lagen, blieben bis 1989 in der DDR unveröffentlicht.

Anhand des VEB Hinstorff Verlags lassen sich zum einen Spielräume innerhalb der Zensurpraxis der DDR aufspüren, zum anderen Zensur als Mittel der Lenkung, als Macht-, Kontroll- und Repressionsinstrument für Literatur in der SED-Herrschaft herausstellen. Das Verlagsarchiv ist seit Kurzem im Stadtarchiv der Hansestadt Rostock zugänglich und bildet zusammen mit den Druckgenehmigungsakten der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel (im Bundesarchiv Berlin) die Grundlage für die Untersuchung. Diese widmet sich der Frage, wie es dem Verlag gelang, Prosaliteratur kritischer und subversiver Autorinnen und Autoren zu fördern.

Im Mittelpunkt steht das Wirken zweier Personen: Konrad Reich, Verlagsleiter von 1959 bis 1977, und Dr. Kurt Batt, Cheflektor von 1959 bis 1975. Ihre Bedeutung in Bezug auf die Förderung und Veröffentlichung kritischer DDR-Gegenwartsliteratur soll herausgearbeitet werden. Für die Untersuchung stehen daher die Jahre 1959 bis 1975/1977 im Zentrum. Vor allem Kurt Batt prägte das Programm des VEB Hinstorff Verlages. Der Literaturwissenschaftler und Kritiker war ein Kenner und Fürsprecher der Literatur der europäischen Moderne, ihrer Themen und Gestaltungsmittel. Inwieweit beeinflusste sein Literaturverständnis die Förderung der Gegenwartsliteratur im Verlag? Auf der Grundlage des theoretischen Konzeptes „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“ (von Alf Lüdtke und Thomas Lindenberger) soll untersucht werden, ob und inwiefern sein Engagement von „Eigen-Sinn“ geprägt war.

Des Weiteren will die Arbeit aufzeigen, welche Rolle der periphere Verlags-Standort Rostock bei der Herausgabe brisanter Texte spielte. Zum anderen, ob und in welchem Zusammenhang die Herausgabe mit kulturpolitischen Zäsuren wie z.B. dem Machtwechsel Ulbricht / Honecker 1971 stand.

Die Untersuchung der Verhinderung von Literatur kritischer und subversiver Autorinnen und Autoren ab 1975/1977 – nach dem Tod von Kurt Batt und dem Ausscheiden Konrad Reichs aus dem Verlag – bildet einen weiteren Teil der Arbeit. Neben kulturpolitischen Einschnitten wie der Biermann-Ausbürgerung 1976 und ihrer Auswirkungen kommt dem Wirken der SED-Bezirksleitung Rostock und des Ministeriums für Staatssicherheit besondere Aufmerksamkeit zu.

Kurzbiographie

Kerstin Schmidt, 1978 in Jena geboren, studierte Germanistik, Journalistik und Psychologie an der Universität Leipzig. Schwerpunkte während des Studiums: DDR-Literaturgeschichte und Buchzensur in der SBZ/DDR. Mehrere Praktika u.a. in Verlagen u. im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig. Magisterarbeit über die literarische Gestaltung der Identitätssuche von Jugendlichen in der DDR-Prosa der 1970er Jahre. Seit 2011 Studentin an der Research Academy Leipzig.

Vorläufige Gliederung

1) Einleitung

- 1.1 Einführung
- 1.2 Gegenstand, methodisches Vorgehen, Aufbau der Arbeit
- 1.3 Stand der Forschung zum VEB Hinstorff Verlag
- 1.4 Fragestellung
- 1.5 Exposition zur Fragestellung
 - 1.5.1 Konkretisierung: Kritische und subversive Literatur
 - 1.5.1.1 Kritische Gegenwartsliteratur
 - 1.5.1.2 Subversive Gegenwartsliteratur
 - 1.5.2 Zur Verlagsgeschichte
 - 1.5.2.1 Der Hinstorff Verlag 1831 bis 1959
 - 1.5.2.2 Der volkseigene Hinstorff Verlag 1959-1989/90
 - 1.5.2.3 Profilierung des Themengebietes Gegenwartsliteratur der DDR
 - 1.5.2.4 Das Lektorat „Zeitgenössische Literatur“
 - 1.5.2.5 Die Veröffentlichung kritischer Literatur in Anthologien
 - 1.5.3 Die Bedeutung der „Rostocker Ostseewochen“ (1958-1975)

2) Kulturpolitischer und literaturgeschichtlicher Hintergrund

- 2.1 Kulturpolitik der DDR 1960 bis 1976
- 2.2 Sozialistischer Realismus: Distanzierung vom starren Dogma in den 1970er Jahren
- 2.3 Institutionen des Literatursystems der DDR
 - 2.3.1 Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel und das Druckgenehmigungsverfahren
 - 2.3.2 Das Ministerium für Staatssicherheit
 - 2.3.3 Der VEB Hinstorff Verlag innerhalb der Verlagslandschaft der DDR
 - 2.3.4 Die Sonderrolle des VEB Hinstorff Verlags

3) Hauptteil

- 3.1 Entwicklung des Verlagsprofils: 1960er u. 1970er Jahre: Darstellung der Analyseergebnisse von erschienenen Texten kritischer Autorinnen u. Autoren (z.B. Erich Köhler *Der Krott oder Das Ding unter dem Hut*, 1969/1976; Ulrich Plenzdorf *Die neuen Leiden des jungen W.*, 1973; u.a.; Anthologien wie z.B. *Blitz aus heiterm Himmel*, 1975)
- 3.2 Auswertung

3.3 Wandel in der Herausgabe von Gegenwartsliteratur: Darstellung der Analyse-
ergebnisse von nicht erschienenen Texten kritischer und subversiver Autorinnen u.
Autoren ab 1975

(z.B. Thomas Brasch *Vor den Vätern sterben die Söhne*, 1977; Jurek Becker: *Schlaflose Tage*, 1978; Wolfgang Hegewald *Unterhalb eines vorläufigen Hügels*, 1981; Gert Neumann *Die Schuld der Worte*, 1979/1989)

3.4 Auswertung

3.5 Zusammenfassung

4) Schlussbetrachtung

4.1 Zusammenfassung

4.2 Ausblick

Literatur- und Quellenverzeichnis

Anhang

Systemwechsel in der DDR und in Ostmitteleuropa. Die Rolle der Partieliten bei der Demokratisierung im Vergleich

von Tom Thieme

Allgemeine Grundlagen

Eliten sind die entscheidenden Akteure eines Systemwechsels. Ihr Handeln und ihr Verhalten beeinflusst maßgeblich den Verlauf und den Erfolg der Demokratisierung. Ihre komparative Untersuchung in der DDR, in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn ist Gegenstand der Habilitation. Der Begriff „Partielite“ hat für die Arbeit einen zentralen heuristischen Vorteil: Einerseits umfasst er den engen Parteizirkel, der unter den Bedingungen des Spätsozialismus zugleich exklusive Machtelite war, nämlich die Politbüros, andererseits jene Kräfte, die nach dem Ende der autokratischen Systeme die Führung der einstigen Einheitsparteien behielten oder übernahmen, gesamtgesellschaftlich damit aber nur eine Teilelite repräsentierten.

Die Untersuchung der Partieliten verfolgt zwei Ziele. Zum einen geht es darum, die Partieliten intern und von Land zu Land zu differenzieren, um ihren Beitrag zur Demokratisierung aus vergleichender Perspektive bestimmen zu können. Idealtypisch lassen sich vier Spielarten unterscheiden: orthodoxe, konservative, reform- und demokratieorientierte Eliten. Um Einordnungen in die Kategorien vornehmen zu können, werden die jeweiligen Eliten anhand einheitlicher Kriterien überprüft. Dafür bietet sich eine chronologische, entlang der Phasen eines Systemwechsels (Ende des alten Regimes, Institutionalisierung und Etablierung des neuen) gegliederte Strukturierung an. Die qualitative Untersuchung konzentriert sich wegen der Komplexität des Vier-Länder-Vergleichs auf drei wesentliche Bereiche: 1. auf die interne Entwicklung der Partieliten, 2. auf das Verhältnis zu Funktionseliten und oppositionellen Gegeneliten und 3. auf zentrale Entscheidungen der Eliten bei inneren und äußeren Schlüsselereignissen.

Zum anderen soll auf dieser Grundlage eine Charakterisierung der Systemwechsel erfolgen. Bisher vorhandene Typologisierungen beziehen sich entweder nur auf das Ende der autokratischen Regime (Liberalisierung, Zusammenbruch oder Revolution) oder sie vermischen Ursachen, Prozesse und Folgen der Systemtransformation. Mit Blick auf das besondere Gewicht der Eliten wird die Einordnung der Regimewechsel entlang der Dichotomie konsensual-dissensual vorgenommen.

Tabelle 1: Operationalisierung „konsensualer“ und „dissensualer“ Systemwechsel

	Konsensualer Systemwechsel	Dissensualer Systemwechsel
Ende des alten Systems	Freiwillige Öffnung	Erzwungene Öffnung
	Im Dialog	Unter Repression
Institutionalisierung der D.	Beteiligung vieler	Beteiligung weniger
	Verfassungskonsens	Verfassungskonflikte
Etablierung der D.	Allg. Anerkennung des demokratischen Systems	Teilweise Ablehnung des demokratischen Systems
	Gemeinsame „Vergangenheitsbewältigung“	unterschiedliche „Vergangenheitsbewältigungen“

Fallstudie – Die DDR

1. Phase: Ende des alten Systems

Die Öffnung des autokratischen Regimes der DDR geschah nicht auf Betreiben eines „reformfreudigen“ Teiles der Partielite, sondern wegen des Verlustes an innen- und außenpolitischer Legitimität der SED. Sie agierte nicht, sondern reagierte nur. Die politische Entwicklung war bis zum Spätsommer/Herbst 1989 nicht von personellem Wandel und inhaltlicher Liberalisierung gekennzeichnet, sondern vielmehr von einer Zunahme an Repressionen. Wenn es Auseinandersetzungen gab, handelte es sich eher um Verteilungskonflikte innerhalb des Politbüros als um politische Uneinigkeit. Doch gegen die zunehmende Destabilisierung hatte die von einem Heer an Ja-Sagern umgebene, beratungsresistente SED-Führung weder Auswege parat noch Kenntnisse darüber, wie rasch der Zerfall ihrer Macht bereits vorangeschritten war. Die Vorbereitungen zum 40. Jahrestag der DDR liefen, und das „große Ereignis“ wurde mit Massenaufmärschen und Selbstbeweihräucherung begangen – wie eh und je. Doch als am Rande der Feierlichkeiten Michail Gorbatschow der reformunfähigen Führung demonstrativ das Vertrauen entzogen hatte und am 9. Oktober mittlerweile 70.000 Menschen in Leipzig friedlich demonstrierten, ohne dass – angesichts eines Machtvakuumms zwischen der SED-Zentrale und der Bezirksebene – Sicherheitskräfte eingesetzt wurden, kam es auf der Sitzung des Politbüros am 17. Oktober zur Absetzung von Generalsekretär Honecker. Doch trotz der „Entsorgung“ einiger personeller Altlasten traten inhaltliche Differenzen bis zum Ende der ersten Systemwechselphase kaum hervor. Deswegen können Honeckers Nachfolger Krenz, aber auch der „Maueröffner“ Schabowski und der „Hoffnungsträger“ Modrow nicht als Reformkommunisten gelten, da sie abgesehen von partiellen Veränderungen (vor allem im darbedenden ökonomischen Bereich) bis zum Fall der Mauer nicht am autoritären Machtanspruch der SED rührten. Unvorbelastete personelle Alternativen gab es an der Spitze der Machthierarchie nicht. Das ist zudem ein Grund dafür, warum der partielle inhaltliche Wandel der Partielite den Machtverfall der SED nicht verhindern konnte.

2. Phase: Institutionalisierung des neuen Systems

Wegen ihres (Ver-)Zögerns und Hinhaltens hatte die SED-Spitze jede Chance vertan, ihre Reformbereitschaft und Erneuerungsfähigkeit unter Beweis stellen zu können. Massenproteste und Massenflucht entzogen dem Regime die letzten Reste an eigener Legitimation. Es kam zu inneren Auflösungsprozessen im Staatsapparat und an der Parteibasis. Es wurde versucht, die Staatsicherheit zum „Sündenbock“ zu machen, doch die Loyalität gegenüber der Partielite schwand weiter. Mit der Aufgabe des Machtmonopols und dem Rücktritt des gesamten Politbüros am 1. bzw. 3. Dezember 1989 verlor die SED-Führung ihren Einfluss auf die weitere Entwicklung des Systemwechsels. Zwar blieb die Regierung Modrow während der Verhandlungen an den Runden Tischen federführend und versuchte nun, sich als reformorientierte Kraft zu präsentieren, doch trotz des vollständigen Austausches an der Parteispitze fanden sich ideologisch-programmatisch viele Punkte aus dem unmittelbar vor dem Mauerfall vorgelegten Aktionsprogramm von Egon Krenz wieder. Den Forderungen nach freien Wahlen konnte sich die Partielite nicht verweigern, diese wohl aber instrumentalisieren. Der frühe Termin am 18. März entsprach den Vorstellungen der Partielite. Sie versprach sich davon einen Vorsprung gegenüber den im Aufbau befindlichen neuen Parteien. Nichtsdestotrotz bedeuteten die Volkskammerwahlen das Ende ihres Herrschaftsanspruches, da sie den vom Westen unterstützten Parteien der Allianz für Deutschland (CDU, DSU und DA) sowie den Liberalen einen überwältigenden Wahlsieg brachten. Auch die SPD schnitt besser ab als die von der SED über die SED-PDS zur PDS umbenannte frühere Einheitspartei. Dem Konsens der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit und der meisten demokratischen Parteien im Zuge der deutschen Wiedervereinigung schloss sich die „Partei des demokratischen Sozialismus“ nicht an. Sowohl bei den im Einigungsvertrag getroffenen Regelungen zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als auch später bei den Prozessen der Verfassungsgebung in den fünf neuen Bundesländer stimmten die Abgeordneten der PDS gegen die politischen und gesellschaftlichen Mehrheiten.

3. Phase: Etablierung der Demokratie

Nach dem 3. Oktober 1990 taten sich Teile der PDS weiterhin schwer damit, die Grundlagen des demokratischen Systems Gesamtdeutschlands anzuerkennen. Bei der programmatischen Neuausrichtung, bei der Frage des Parteivermögens als auch bei der politischen wie juristischen Aufarbeitung der DDR- und damit der SED-Diktatur zeigte sich, dass man zwar bereit war, sich von den Verbrechen des Stalinismus zu distanzieren, eine vollständige Abkehr von der Idee des „administrativen-zentralistischen“ Sozialismus damit jedoch nicht einherging. Zwar hatte man eine Historische Kommission zur Klärung der SED-Geschichte eingesetzt, doch zahlreiche Fragen zur Vergangenheit und Zukunft der Partei blieben unbeantwortet: zur Haltung zum Grundgesetz, zu Rechtsstaatlichkeit und zur repräsentativen Demokratie, zur sozialen Marktwirtschaft westdeutschen Zuschnitts, zum Repressions- und Herrschaftsapparat in den 1980er Jahren, zur Arbeit und Funktionsweise der Partei in der Diktatur sowie zu den persönlichen Verstrickungen von Parteioberen und Staatssicherheit. In den 1990er Jahren (zum Teil gilt das bis heute) mussten sich führende Parteimitglieder für ihre Dienste als inoffizielle Mitarbeiter des MfS verantworten. Den Gerichtsprozessen wegen der Verbrechen der alten SED-Riege um Honecker stand die neue Parteispitze kritisch bis ablehnend gegenüber. Zwar hatte sie die meisten früheren Politbüromitglieder aus den eigenen Reihen ausgeschlossen, jedoch bezeichnete der Vorstand der PDS die juristischen Verfahren als „politischen Schauprozess [...], auf Abrechnung mit der DDR, auf Kriminalisierung staatlichen Handelns eines souveränen Staates und auf ein Medienspektakel angelegt“ (zitiert nach Malycha/Winters 2009). Das deutsche Parteiensystem erhielt einen Polarisierungsschub, denn als einzige Bundestagspartei galt die PDS und gilt „Die Linke“ als grundsätzlich nicht koalitionsfähig. Erst nach Mitte der 1990er Jahre vollzog die Partei eine deutliche, wiewohl nicht vollständige Distanzierung vom Unrechtsregime der SED. Doch unabhängig von der Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und den Verbrechen des MfS zeichnen Teile der heutigen Parteispitze bis heute ein überwiegend positives Bild der DDR. Antifaschismus habe manches Defizit in Legitimations- und Freiheitsfragen kompensiert. Selbst das Gedenken an die Mauer- und Grenzopfer fällt manchem schwer.

Thesenartiges Resümee

1. Im Gegensatz zu den kommunistischen bzw. sozialistischen Arbeiterparteien in Polen und in Ungarn erfolgte die Öffnung des SED-Regimes nicht durch Teile eines reformorientierten Flügels innerhalb der Elite, sondern durch eine Ursachenkette von außenpolitischen Veränderungen, Legitimitätsverlust und innenpolitischen Protesten, der die Parteiführung und hilflos gegenüberstand.
2. Obwohl die Partielite nicht zur „Chinesischen Lösung“ griff, kann von eigener Reformfähigkeit keine Rede sein. Egon Krenz machte sich den Begriff der „Wende“ zu eigen, ohne tatsächlich Veränderungen zulassen zu wollen. Zum Wandel war die SED-Führung erst dann fähig als die revolutionäre Entwicklung bereits vollendete Tatsachen geschaffen hatte.
3. Im Politbüro gab es bis zum Herbst 1989 keine internen Diskussionen darüber, ob es besser sei, den Forderungen nach innerem Wandel wie in Ungarn und Polen nachzugeben oder sich diesen grundlegend zu verweigern. Doch statt nur Reformunfähigkeit zu vermuten, lässt diese Position auch eine andere Deutung zu: Im Gegensatz zum Wandel in Moskau, Warschau und Budapest war sich die Honecker-Ägide darüber im Klaren, dass, wenn die Büchse der Pandora erst geöffnet würde, es für die Machtelite unabsehbare Folgen hätte. War die Abwehr aller Reformen zur Rettung des Sozialismus tatsächlich ein Zeichen von Unfähigkeit oder aus ihrer Sicht im Nachhinein nicht realistischer als selbst den womöglich noch rasanteren Anfang vom Ende der Regimes einzuleiten?

4. Der vollständigen personellen Erneuerung der Parteilite steht nur teilweise ein ideologisch-programmatischer Wandel gegenüber. Die Kontinuität der Idee eines wie auch immer gearteten „Dritten Weges“ zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus von Krenz über Modrow/Gysi bis zur Gegenwart ist offenkundig. Auch wenn sich die Mehrheit der Parteilite den Arbeiter- und Bauernstaat nicht zurückwünscht – noch immer gilt manchem in der mittlerweile zur „Linken“ umbenannten Partei die DDR als besserer deutscher Teilstaat gegenüber der Bundesrepublik Deutschland.
5. Die Transformation in der DDR war durch ein hohes Maß an Konfliktpotenzial zwischen Macht- und Gegenelite gekennzeichnet, so dass es sich bei der Charakterisierung eindeutig um einen dissensualen Systemwechsel handelt, wiewohl mit einigen konsensualen Elementen. Einigkeit bestand zu Beginn vor allem im Ziel der Gewaltlosigkeit. Doch reicht diese Gemeinsamkeit weder, um die Rolle der SED-Elite im Nachgang als demokratieförderlich zu interpretieren noch um von einem einvernehmlichen bzw. konsensualen Systemwechsel sprechen zu können.

Kurzbiographie

Dr. Tom Thieme, 1978 in Karl-Marx-Stadt (jetzt Chemnitz) geboren, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie. Von 2004 bis 2006 promovierte er als Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. über extremistische Parteien in Osteuropa, von 2007 bis 2010 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Chemnitz. Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gehören Parteien, Demokratie- und Extremismusforschung.

Gliederung:

I. Einleitung

1. Relevanz des Themas und Problemstellung
2. Forschungsstand und Quellenlage
3. Konzeption und Methodik
4. Aufbau

II. Theoretischer Bezugsrahmen und Analysekonzept

1. Grundlagen und -begriffe
2. Systemwechseltheorien
 - 2.1. System- und Strukturtheorien
 - 2.2. Akteurs- und Handlungstheorien
3. Phasen der Systemwechsel
 - 3.1. Ende des alten Systems
 - 3.2. Institutionalisierung des neuen Systems
 - 3.3. Konsolidierung der Demokratie
4. Analyserahmen: Sozialistische Partieliten in Systemwechselprozessen
 - 4.1. Hardliner, Konservative, Reformer und Demokraten
 - 4.2. Indikatoren für Wandel und Kontinuität der sozialistischen Partieliten
5. Charakterisierung der Systemwechsel

III. Ende der autokratischen Systeme und des Machtmonopols der Partieliten (85-89)

Ausgangssituation – Interne Kontinuität und Wandel der Partieliten – Personelle Veränderungen – Ideologisch-programmatische Veränderungen – Strukturelle Veränderungen – Partieliten, Funktionseleiten und Gegeneliten – Stellung zum Repressionsapparat – Verhältnis zur Opposition – Politische Schlüsselereignisse

1. DDR
2. Tschechoslowakei
3. Polen
4. Ungarn

IV. Partieliten in der demokratischen Institutionalisierungsphase (89-90/91)

Interne Kontinuität und Wandel der Partieliten – Personelle Veränderungen – Ideologisch-programmatische Veränderungen – Strukturelle Veränderungen – Partieliten, Funktionseleiten und Gegeneliten – Stellung zum Repressionsapparat – Verhältnis zur Opposition – Politische Schlüsselereignisse

1. DDR
2. Tschechoslowakei
3. Polen
4. Ungarn

V. Parteiliten und Demokratie (90/91-95)

Interne Kontinuität und Wandel der Parteiliten – Personelle Veränderungen – Ideologisch-programmatische Veränderungen – Strukturelle Veränderungen – Bewertung und Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit – Parteiliten, Funktionseleiten und Gegeneliten – Verhältnis gegenüber den alten Funktionseleiten – Verhältnis gegenüber den neuen Funktions- und Machteliten – Politische Schlüsselereignisse

1. DDR
2. Tschechoslowakei
3. Polen
4. Ungarn

VI. Schlussbetrachtung

1. Zusammenfassung
2. Offene Fragen und Perspektiven der Forschung

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

Der Arbeiterstaat im Bild. Die Repräsentation von Arbeit in der künstlerischen Fotografie der 1970er und 80er Jahre in der DDR

von Agneta Maria Jilek

Die Arbeiterklasse bekam in der DDR den obersten Platz innerhalb der offiziellen Klassenhierarchie zugesprochen. Die „führende Rolle“ der „Werkstätigen“ erhielt ab 1968 sogar Verfassungsrang. So wie der Mensch im Mittelpunkt der sozialistischen Bemühungen stehen sollte, stand er auch im Zentrum der Bildwelten. Dies resultierte aus der Aufgabe, die der Kunst in der DDR zugedacht war: die Menschen im Sinne des Sozialismus zu „allseitig gebildeten Persönlichkeiten“ zu erziehen.

Fußend auf der Kunstdoktrin des „Sozialistischen Realismus“ wurde auch für die Fotografie eine Bildpolitik etabliert, in deren Zentrum die Arbeiterklasse stand. In der Dissertation wird die Transformation des Arbeitssujets in der künstlerischen Fotografie der siebziger und achtziger Jahre in der DDR vor der Folie der ersten beiden Jahrzehnte untersucht. Kennzeichen dieser Entwicklung ist der Wandel des affirmativen Bildes der Arbeit hin zu einem kritischen Bild: Leistungsstarke Aktivisten, heroische Aufbauhelden und zukunftsweisende Ingenieure wurden in den siebziger und achtziger Jahren von der Darstellung müder, desillusionierter Arbeiter abgelöst. Diese Entwicklung nahm ihren Ausgang zum Wechsel der Partei- und Staatsführung von Ulbricht zu Honecker. Auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED im Jahr 1972 wurde ein neues Kunstprogramm im Sinne von „Weite und Vielfalt“ initiiert. Davon profitierte auch die Fotografie, denn sie wurde in Folge einer gelockerten Kunstpolitik als Medium der bildenden Kunst etabliert und fand Eingang in die repräsentativen Ausstellungen der DDR. Die Bilder, die öffentlich publiziert und in Ausstellungen präsentiert wurden, waren schließlich von einer „Entideologisierung“ und „Entidealisierung“ der Sujets gekennzeichnet.

In der Dissertation werden ausschließlich Fotografien untersucht, die in den Printmedien oder in Ausstellungen und Bildbänden einer Öffentlichkeit zugänglich waren. Denn in die bildwissenschaftliche Analyse fließen insbesondere kunstpolitische Beschlüsse und Aspekte der im jeweiligen Untersuchungszeitraum gültigen marxistisch-leninistischen Fotografieästhetik mit ein. Auch wirtschaftspolitische Prozesse und fotohistorische Traditionslinien sollen in der Untersuchung berücksichtigt werden. Denn die Entwicklung der Künste war in der DDR von einer engen Verbindung politischer, kulturpolitischer und wirtschaftlicher Prozesse gekennzeichnet.

Zwar reichen die Traditionslinien der sozialdokumentarischen Reportagefotografie bis zur Jahrhundertwende zurück, doch die Orientierung an der Fotografie der Moderne und Avantgarde der 1920er Jahre blieb den Fotografen in der DDR verwehrt. Sie hatten sich im Zuge der Formalismus-Debatten vor allem an der sowjetischen Reportagefotografie, der Arbeiterfotografie der Weimarer Republik und an der volkstümlichen deutschen Heimatfotografie zu orientieren. In der Sowjetunion entwickelte sich in Folge der Einführung des Sozialistischen Realismus eine realistische, reportagehafte Fotografie, in der die Arbeiter und Bauern die neuen Helden waren. Fotografen wie Arkadij Schaichet, Max Alpert und Semjon Fridland repräsentierten diese neue ideologisch ausgerichtete Fotografie. Sie rückten die „Helden der Arbeit“ in den Vordergrund der Berichterstattung, um den Aufbau des Sozialismus anzukurbeln. In der sowjetischen Fotografie wurde ähnlich wie später in der DDR eine „allseits gebildete“, politisch aktive Arbeiterklasse propagiert. Obwohl der Sozialistische Realismus nach sowjetischem Vorbild in den fünfziger Jahren für die Malerei der DDR eingeführt wurde, fand eine deckungsgleiche Übertragung der formalästhetischen Parameter auf die Fotografie statt. Erst ab den sechziger Jahren wurde für die Fotografie eine eigenständige Ästhetik formuliert.

Bei der Arbeit mit den Bildbänden wurde deutlich, das besonders für das fotografische Pressebild der Arbeit der vierziger und fünfziger Jahre in der SBZ/DDR deutliche Anleihen nicht nur bei der Fotografie der Sowjetunion, sondern auch bei der Fotografie der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus gemacht wurden. So brachten die Bildbände des Nationalsozialismus anhand des Arbeitssujets unter anderem „deutschen Fleiß und deutsche Gründlichkeit“²⁹ ins Bild und kündeten mit innovativen Farbbildern von „allerbeste[r] deutsche[r] Qualitätsarbeit“.³⁰ Dass die Bildwelten im Nationalsozialismus und in der DDR auf eine ähnliche Weise funktionalisiert wurden und sich die Bildsprache in beiden Herrschaftssystemen gleicht, haben bereits zahlreiche Autoren herausgestellt.³¹ Konkrete Bezüge und differenzierte Untersuchungen zur DDR-Fotografie fehlen bisher jedoch noch. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde außerdem die Fotografie August Sanders durch dessen Blick auf den Menschen als Vorbild für die Verbindung der verschiedensten Anliegen innerhalb der sozialistischen Fotoästhetik genutzt. Die offizielle Sander-Rezeption liefert unter anderem ein wichtiges Indiz dafür, dass die Korrespondenzen der nichtkünstlerischen und künstlerischen Bildwelten³² der DDR vor allem in der eines universalistischen Humanismus liegen.

Das Arbeitssujet in der DDR-Fotografie unterlag im Laufe der vier Jahrzehnte parallel zur Transformation des Sozialistischen Realismus einem grundlegenden Wandel. Das Bild der Arbeit taucht in der Pressefotografie der fünfziger Jahre entweder als Kollektivsujet in Form von Brigadebildern oder als Typenportrait auf. Die in der Pressefotografie propagierten Arbeitshelden, die sich entweder als „Aktivisten“ oder als Mitglieder von Arbeitsbrigaden im Bild manifestierten, standen paradigmatisch für den forcierten wirtschaftlichen Aufschwung. Der Bergarbeiter Adolf Hennecke und viele andere „Helden der Arbeit“ wurden offiziell für ihre Arbeit ausgezeichnet und visuell inszeniert, um die Arbeiterklasse im sozialistischen Wettbewerb zu den Leistungen zu bringen, die für die Erfüllung der Jahrespläne innerhalb der sozialistischen Planwirtschaft nötig waren. Dabei dienten die fotografisch dokumentierten Leistungen der Aktivisten als Motor für den Erfolg der bereits in der SBZ initiierten Aktivistenbewegung und der Brigadebewegung, die ab 1950 vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) ins Leben gerufen wurde. Die Einzel- und Kollektivbilder der frühen 1950er Jahre waren hauptsächlich im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich verortet, und körperliche Arbeit stand im Zentrum der Darstellung. Dies lässt sich mit realpolitischen Prozessen erklären: Industriearbeit, der Ausbau der Schwer- und Grundstoffindustrie und die Umstrukturierung in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften standen Ende der 1940er Jahre an vorderster Stelle. In den sechziger Jahren wurden die heroischen Industriearbeiter nach und nach von der Abbildung Werkstätiger und „intellektualisierter Planer“ abgelöst. In Bezug auf das Wesen des Sozialistischen Realismus fragte der DDR-Kunstwissenschaftler Peter H. Feist Mitte der sechziger Jahre in der Zeitschrift *Bildende Kunst*, ob die bildende Kunst „intelligenzintensiv“ sein müsse. Mit dem Slogan „Elektronenrechner statt Schaufelstiele“ forderte er eine Abkehr von der Thematisierung der Industriearbeit und setzte sich für das Leitmodell des Arbeiters als Intellektuellen ein.³³ Ein wichtiger Grund für den Wandel der Ästhetik und Themen innerhalb des Sozialistischen Realismus war unter anderem die Kursänderung der Wirtschaftspolitik, die 1963 auf dem VI. Parteitag der SED beschlossen wurde.³⁴ Mit dem „Neuen Ökonomischen System“ (NÖS) sollte eine Intensivierung und Erhöhung des technisch-wissenschaftlichen Niveaus der Wirtschaft erreicht werden. In den sechziger Jahren wurde in Folge dessen eine neue Stufe der Automatisierung der Produktion erreicht, weshalb die Frage nach neuen Technologien und der intellektuellen Identifizierung mit der Arbeit in diesem Zeitraum an Bedeutung gewann und auch

²⁹ Hauser, Heinrich: *Im Kraftfeld von Rüsselsheim*, Vorwort (3. Aufl.) 1942.

³⁰ Ebd., S. 4.

³¹ Vgl. auch: Damus, Martin: *Malerei der DDR. Funktionen der bildenden Kunst im Realen Sozialismus*. Rowohlt Tb. Verlag, Reinbek bei Hamburg 1991., Lindner, Bernd: *Verstellter, offener Blick. Eine Rezeptionsgeschichte bildender Kunst im Osten Deutschlands 1945-1995*: Köln 1998.

³² Mit nichtkünstlerisch ist die angewandte Fotografie in der Presse und die Amateurfotografie gemeint.

³³ Feist, Peter H.: „Muß unsere Kunst intelligenzintensiv sein?“, in: *Bildende Kunst*, 13, 1966, S. 435.

³⁴ Emmerich, Wolfgang: *Kleine Literaturgeschichte der DDR*: Darmstadt 1981.

in den Bildwelten und kunstwissenschaftlichen Diskussionen der DDR thematisiert wurde.³⁵

Beim Studium der Quellen zur Fotografie der fünfziger Jahre wurde deutlich, dass der Fotografie übereinstimmend eine objektive Beweiskraft hinsichtlich der Bebilderung des gesellschaftlichen „Neuen“ zugesprochen wurde. (vgl. Tab.1) Bis in die sechziger Jahre hinein wurde das Medium Fotografie in den theoretischen Diskussionen ausschließlich in den Kategorien der Malerei behandelt. Dementsprechend wurde auch die Kunstdoktrin des Sozialistischen Realismus auf die Fotografie angewandt, ohne die Kriterien des Mediums zu berücksichtigen. Zu diesem Problem äußerte sich im Jahr 1953 der Fototheoretiker Ernst Nitsche in der DDR-Zeitschrift *Die Fotografie*: Die „kämpferische Diskussion um das Neue“ könne laut Nitsche in der Fotografie nicht auf der gleichen Ebene geführt werden, wie in den bildenden Künsten, denn jede fotografische Wiedergabe sei „etwas Wirklichkeitsnahes im Sinne des Wortes.“³⁶ In dem Artikel weist Nitsche dem fotografischen Medium im gesellschaftlichen Erziehungsprozess eine Zeugnisfunktion zu. Der Artikel von Nitsche leitete die nachfolgende Politisierung der Fotografie und Fototheorie in der DDR ein, für deren Diskussion die Zeitschrift *Fotografie* das einzige massenwirksame Medium war. Im ersten Heft der *Fotografie* mit politisch gefärbten Texten und Bildern wurde die neue politische Ausrichtung der Zeitschrift direkt im Editorial angekündigt. „Wir wollen monatlich die besten Bilder veröffentlichen, die diesen heroischen Kampf unseres Volkes irgendwie sichtbar zum Ausdruck bringen.“³⁷ Daraufhin lässt sich eine deutliche Zunahme an Bildern mit Arbeitssujet in der *Fotografie* feststellen.

Erst ab Ende der fünfziger Jahre diskutierten einzelne DDR-Kunstwissenschaftler ästhetische und gestalterische Fragen zur Fotografie auch für ein breites Publikum. Für diesen Zeitraum sind vor allem die fototheoretischen Publikationen von Berthold Beiler relevant. Ich habe diese im Rahmen meiner Magisterarbeit bereits durchgearbeitet. Berthold Beiler, der von 1961-1975 die Abteilung Fotografie der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) leitete, avancierte mit seinen fotografietheoretischen Büchern „Die Parteilichkeit im Foto“ (1959) und „Die Gewalt des Augenblicks“ (1967) zum Vorreiter einer eigenständigen Fototheorie der DDR. Beiler formulierte eine Fotoästhetik mit einem lebendigen, gestaltenden Kunstbegriff. Damit wandte er sich gegen den schablonenhaften Dogmatismus der fünfziger Jahre und unternahm den Versuch, parteipolitische Zielsetzungen der Pressefotografie mit den Kriterien einer wirklichkeitsnahen, humanistischen Dokumentarfotografie zu verbinden.

Erich Honecker bemühte sich nach seinem Machtantritt 1971 um eine Liberalisierung der Kulturpolitik. Im Zuge dessen wurde 1972 auf der VI. Tagung des ZK der SED ein neues Kulturprogramm beschlossen, das sich im Sinne von „Weite und Vielfalt“ auf den gesamten Bereich der Künste und Kultur in der DDR bezog. Daraufhin konnte sich die künstlerische Fotografie der DDR insbesondere durch eine Erweiterung der Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit und durch eine veränderte Organisationsstruktur nach und nach als Medium der bildenden Kunst etablieren. Die gelockerte Kunst- und Kulturpolitik und die Förderung des „fotografischen Schaffens“ in der DDR wirkte sich unter anderem auf die Arbeitsweise der Fotografen aus. Sie konnten sich im Verband Bildender Künstler (VBK) der DDR organisieren und bekamen durch Aufträge (z.B. von der GfF) die Möglichkeit, aufwändige fotografische Langzeitstudien in der DDR durchzuführen. Der Kern der künstlerischen Fotografie war, beeinflusst von der Pressefotografie, bis zum Ende der DDR im sozialdokumentarischen Modus angelegt. Die sozialdokumentarischen Arbeiten fanden in den achtziger Jahren auch Eingang in die staatlich reglementierten, repräsentativen Ausstellungen der DDR (z.B. *X. Kunstausstellung* in Dresden, *Konzept. Auftrag. Fotografie* in Berlin etc.) Die sozialdokumentarischen Serien der „künstlerisch ambitionierten“ Autorenfotografen, die in den nachfolgenden Ausstellungen gezeigt wurden, lassen sich als subtil angelegte „Gegenbilder“ zur marxis-

³⁵Vgl. Held, Jutta: Arbeit als künstlerisches Motiv. Theoretische und bildliche Modelle aus der DDR. Eine historische Skizze. In: Pohl, Frances K. (Hrsg.): Kunst und Politik. Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft. hrsg. von Jutta Held. Band 7/2005. Schwerpunkt: Kunst und Arbeit. V&R unipress GmbH, 2005., S. 17.

³⁶ Nitsche, Ernst (1953): Realismus und Formalismus in der Fotografie. In: *Die Fotografie* 7 (4), S. 112.

³⁷ „Das Foto und der Kampf um Frieden und Einheit“, in: *Die Fotografie*, 1952, Heft 10, S. 311.

tisch-leninistischen Fotografieästhetik der vorangegangenen Jahrzehnte lesen. In den Ausstellungen kündeten vor allem die Bilder mit Arbeitssujet von gesellschaftlichen Problemen und der Desillusionierung der Arbeiter in der DDR. Vom einstigen Pathos war auf deren Bildern nicht mehr viel übrig geblieben. Neu war der regelrecht negative Bezug der Bilder zur Arbeit und die Darstellung des „Vergessenmachens“ der Arbeit. Die Arbeiterporträts wandelten sich von „macht- und selbstbewußten, aktiv agierenden Herrschergestalten“ zu „Nachdenklichen, Prüfenden, äußerlich eher Passiven“ (Martin Damus). Martin Damus bezeichnet diesen Prozess als „Entheroisierung der Bildhelden“, der eine „Entideologisierung der Bildwelten“ folgte. Kunst und Literatur thematisierten nun die Probleme und Konflikte des „realen Sozialismus“. Auffällig ist, dass die Planer- und Leiterfiguren der sechziger Jahre in den siebziger Jahren wieder von den einfachen Arbeiter-Figuren ersetzt werden.³⁸ In den Darstellungen erschienen der Arbeitsplatz und die Arbeit selbst immer weniger als fortschrittliche Orte.³⁹ Im Katalog zur Ausstellung „Konzept, Auftrag, Fotografie“ betont der DDR-Kunsthistoriker Peter Pachnicke, dass für die Auftrags- und Ausstellungstätigkeit der GfF „vor allem auch jene fotografischen Arbeiten [wichtig sind], die im arbeitenden Menschen keine repräsentativen Typen, sondern Individualitäten darstellen“.⁴⁰ Pachnicke fügt hinzu: „Solcherart Bilder entdecken an der Arbeiterklasse Eigenschaften, die wir bisher zu wenig wahrgenommen haben: Empfindsamkeit, Bescheidenheit, Gelassenheit, Selbstgewißheit, Freundlichkeit, Neugierde, Ungeduld.“⁴¹ Und tatsächlich: die in der Ausstellung präsentierten Fotoserien mit Arbeitssujet lassen jegliches Pathos der Anfangsjahre vermissen.

Das Sujet der Arbeit in der künstlerischen Fotografie der siebziger und achtziger Jahre in der DDR lässt sich thematisch dreiteilen und in zwei zeitliche Perioden gliedern: in a) die Abbildung entkoppelt vom Arbeitsplatz b) die Abbildung am Arbeitsplatz und c) inszenatorische, genreübergreifende Konzepte; Punkt c) stellt zugleich eine zweite zeitliche Periode des Arbeitssujets dar, die sich ab Mitte der achtziger Jahre parallel zu a) und b) entwickelt hat. In der Dissertation wird jedem Themenbereich ein eigenes Kapitel gewidmet. Die Argumentation wird dabei jeweils mit der Analyse einer exemplarischen Fotoserie gestützt. In Kapitel 3.5.1 (*Veralltäglichung: Abbildung entkoppelt vom Arbeitsplatz*) wird erörtert wie die Arbeitenden in den sozialdokumentarischen Darstellungen mehr und mehr von deren Arbeitsumfeld entkoppelt und auch im Freizeitbereich dargestellt wurden. So trinken sich beispielsweise in der Fotoserie „Berliner Eckkneipen“ der Autorenfotografin Helga Paris die Arbeiter im Anschluss an den Arbeitstag in den Feierabend. Die Fotoserie wurde in Auszügen 1972 in der Zeitschrift *Das Magazin* abgedruckt. Eine besondere Stellung nimmt innerhalb dieses Bereiches die umfangreiche Serie „Familienbilder“ von Christian Borchert ein, die von der GfF gefördert wurde und auf der IX. und X. Kunstausstellung in Dresden gezeigt wurde. Der Zuspruch von offizieller Seite resultierte in erster Linie aus Borcherts offenkundiger Bewunderung August Sanders. Anders als bei Sander funktioniert die standesgemäße Zuordnung der Familien bei Borchert nicht durch Zuordnung über die Attribute des Arbeitslebens, denn die Portraitierten sind ihrem Arbeitsraum entrückt und von den typisierenden Accessoires der Berufswelt befreit. Ihr beruflicher Status wird nurmehr als verbale Information bildextern mitgeliefert. Dadurch verlässt Borchert mit seinen Familienbildern den für die offizielle DDR-Fotografie typischen Fokus auf den arbeitenden Menschen bzw. die Darstellung des Menschen in seinem Arbeitsumfeld. In Kapitel 3.5.2 (*„Entheroisierung“: Abbildung am Arbeitsplatz*) wird die Thematisierung von Arbeit, die in den siebziger und achtziger Jahren am üblichsten war, erläutert. In zahlreichen Serien (u.a. Helga Paris „Fauenporträts aus dem VEB Treffmodelle Berlin“, Claudia Esch-Kenkel „Gaswerk Berlin“, Evelyn Richter „Werkgruppe arbeitender Frauen“) wurden Arbeiter in „entheroisierter“ Gestalt am Arbeitsplatz porträtiert. Meist werden die Arbeiter nicht im direkten Arbeitsprozess in Verbindung mit den Maschinen

³⁸ Barck; Mühlberg 2005, S. 182.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Pachnicke, Peter: Konzept, Auftrag, Fotografie. Eine Ausstellung aus Auftragswerken der Gesellschaft für Fotografie, Berlin 1989, S. 5. Peter Pachnicke war zu diesem Zeitpunkt auch Leiter der Abteilung Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst.

⁴¹ Pachnicke, Peter: Konzept, Auftrag, Fotografie. Eine Ausstellung aus Auftragswerken der Gesellschaft für Fotografie, Berlin 1989, S. 5.

und Werkzeugen porträtiert. Stattdessen posieren sie ruhig und ohne aufgesetzte Miene für den Fotografen oder sind in Pausenzeiten zu sehen. Exemplarisch dafür steht die Serie „VEB-Elektrokohle“ von Uwe Steinberg. Was sich in den Bildern manifestiert ist nicht nur die Distanz der Arbeiter zu deren Arbeitsumfeld, sondern auch der marode Zustand der Arbeitsstätten. Auf den Bildern Steinbergs sind karge Pausenräume mit schmutzigen Böden und Wänden zu sehen, die den Arbeitern wohl kaum eine Abwechslung von den Mühen der Arbeitszeit geboten haben. Die triste Wirkung der Bildräume und die melancholische Stimmung der Porträtierten verstärkt sich noch durch das grau in grau der schwarz-weiß Fotografien. Was aus den Bildern ersichtlich wird, ist ein Gefühl der Desillusionierung, das nicht nur aus den Blicken der Arbeiter, sondern auch von den Wänden des „VEB-Elektrokohle“ spricht.

Ab Mitte der achtziger Jahre blieb die Fotografie nicht mehr allein auf das persönliche und urbane Umfeld gerichtet. Dies wird in der Dissertation in Kapitel 3.6 (*Inszenierung und Experiment: Das Bild der Arbeit ab Mitte der 80er Jahre*) dargelegt. Fotografen begannen verstärkt, die traditionellen Formen der dokumentarischen Fotografie aufzubrechen. Sie arbeiteten genreübergreifend und suchten den Anschluss an internationale Strömungen. Auffällig sind die zahlreichen inszenatorischen Konzepte, die sich weg vom realistischen, dokumentarischen Modus bewegen. Stattdessen schälte sich eine wachsende Beschäftigung mit der Selbstpositionierung der Künstler heraus, wobei die Selbst-Inszenierung eine wichtige Rolle spielte. Matthias Leupold oder Klaus Elle inszenierten beispielsweise den eigenen Körper performativ als ironische Sinnbilder für verschiedene Gemüts- und Gesellschaftszustände.

Im dokumentarischen Modus des Fotografierens wurden wie in der Serie „Asphalt und Arbeit“ von Kurt Buchwald Bildgegenstände in Fragmente zerlegt und mit Schärfe-Unschärfe Relationen experimentiert.

Buchwald nähert sich dem Arbeitssujet auf konzeptuelle Weise. Er verrät die Sujets, durch das Spiel mit Schärfe und Unschärfe und erreicht dadurch eine Auflösung des Bildraumes und der Perspektive. Auch die Verbindung der Arbeitenden mit deren Arbeitsinstrumenten wie Schaufeln oder Bohrhammern verwischt und die dargestellten Personen scheinen mit den Arbeitsgegenständen zu einer Einheit zu werden. Das Verwischen und Verschwinden des Arbeiters in seiner Tätigkeit gehört zu den zentralen Aussagen der Fotoserie. Hinzu kommt die Fragmentierung der Körper der dargestellten Personen und Gegenstände. Dadurch erreicht Buchwald eine besonders detaillierte Herangehensweise an das Thema Arbeit, das seinen subjektiven Blick und das künstlerische seiner Haltung widerspiegelt. Die Fotoserie stellt ein Novum in der künstlerischen Fotografie der DDR dar und ist typisch für die Periode ab Mitte der achtziger Jahre. Starke Ähnlichkeiten zur Fotoserie von Buchwald weist zum Beispiel auch die Mappe „Arbeit“ von Gundula Schulze auf, die zwischen 1985 und 1988 entstanden ist. Auch sie nutzte das Prinzip des Fragmentierens und „Zerstückerlns“ der Körper der porträtierten Arbeiter für ihre Serie.

Für die siebziger und achtziger Jahre stellt sich die Quellenlage zur fototheoretischen Diskussion am ergiebigsten dar. Zu den relevantesten Quellen gehören die Archivalien des Kulturbundes und der GfF, die im Bundesarchiv lagern. Die Recherche dieser Dokumente wird laut Zeitplan im Januar 2012 abgeschlossen sein (siehe auch Punkt 2.a). Alle weiteren wichtigen Quellen habe ich bereits im Rahmen meiner Magisterarbeit durchgearbeitet. Die Dominanz Berthold Beilers wird nach und nach von neuen Stimmen zur Fototheorie und -geschichte der DDR aufgehoben. Dazu gehört Heinz Hoffmann, der zum 1971 abgehaltenen „Symposium zu Aspekten der Fotografieentwicklung in der DDR von 1945-1965“ eine Tagungsdokumentation herausgegeben hat und 1987 als Mitherausgeber der ersten Überblicksdarstellung zur „künstlerischen“ Fotografie in der DDR zeichnete. Wegweisend für die offizielle Etablierung der Fotografie als künstlerisches Medium war auch die fotografiehistorische Ausstellung „Medium Fotografie“, zu der 1979 ein Begleitkatalog erschienen ist. Erst ab Ende der 70er Jahre konnten sich Aktivitäten um eine deutlich konkretere Rezeption von Fotografie und ihrer Geschichte entfalten, woraufhin fotografische Erbebeziehungen neu entdeckt wurden. Das Verdienst der Ausstellung „Medium Fotografie“ war die erstmalige Präsentation von Werken der Fotografiegeschichte in der DDR bei der die Moderne berücksichtigt wurde. Ein erstes Überblickswerk zur Fotografie in der DDR wurde 1987 vom VEB Foto-

kinoverlag im Auftrag der Gesellschaft für Fotografie (GfG) im Kulturbund der DDR unter dem Titel „Fotografie in der DDR. Ein Beitrag zur Bildgeschichte“ herausgegeben. Bei dieser Publikation handelt es sich allerdings in erster Linie um eine linientreue Präsentation der marxistisch-leninistischen Fotografie, denn die sozialdokumentarische Autorenfotografie wird darin fast vollständig ignoriert bzw. lediglich in entkontextualisierten Einzelbildern präsentiert. Dieses Vorgehen lässt sich damit begründen, dass sich die Botschaft des „Typischen“ am einprägsamsten im pathetisierenden Einzelbild transportieren ließ, weshalb in der offiziellen DDR-Fotografie weitestgehend auf serielles Arbeiten verzichtet werden musste. Dies führte dazu, dass in den offiziellen Ausstellungen und Publikationen Arbeiten, die ursprünglich als Serie angelegt waren in Einzelbilder zerlegt und in einen neuen ideologiekonformen Kontext gepresst wurden.⁴²

Kurzbiographie

1981 in Gera geboren, Studium der Kunstgeschichte, Journalistik und Anglistik in Leipzig und Bologna, 2010 Studienabschluss: Magisterarbeit zur sozialdokumentarischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre. Seit 10/2011 Mitglied im Graduiertenzentrum Geistes- und Sozialwissenschaften an der Research Academy Leipzig. Seit 02/2011 Promotion an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig bei Juniorprof. Friedrich Tietjen.

⁴² So wurde für die Publikation „Fotografie in der DDR“ (1987) bspw. Evelyn Richters programmatisches Bild „Die Ausgezeichnete“ (Abb. 2) aus der Serie herausgerissen und als Einzelbild auf einer Doppelseite neben dem Foto „Die Auszeichnung“ des Amateurfotografen Harry Hardenberg (Abb.3) abgedruckt. In diesem neuem Zusammenhang wurde Richters Bild in die sozialistische Fotoästhetik überführt.

Gliederung

I Einleitung

II Theoretische Grundlagen

- 1 Ideologie- und Propagandabegriff
- 2 Fotografie und Propaganda
- 3 Die Bedeutung von Arbeit in der DDR

III Teil 1: Apotheose der Arbeit: das Bild der Arbeit in der Fotografie der SBZ/DDR bis 1970

1 „Wo Arbeit ist, sind die Bilder nicht weit.“⁴³: Arbeit als fotografisches Sujet

2 [Phase 1: 1948-1959] Neue Helden: Fotografische Bilder der körperlichen Arbeit⁴⁴

- 2.1 Kunst- und Wirtschaftspolitik: Sozialistischer Realismus und Industriearbeit
- 2.2 Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Fotografieästhetik in Anlehnung an den Sozialistischen Realismus
- 2.3 Typologie - Darstellungsmodi der Arbeiterklasse und Formen der Figureninszenierung in der Fotografie

3 [Phase 2: 1959-1971] „Ankunft im Alltag“: Vom Arbeiter zum Werktätigen / Fotografische Bilder der geistigen Arbeit

- 3.1 Kunst- und Wirtschaftspolitik: Bitterfelder Wege und wissenschaftlich-technische Revolution
- 3.2 Realismusbegriff in der Fototheorie: „Parteilichkeit im Foto“
- 3.3 Fotografische Bilder der geistigen Arbeit⁴⁵ (Betriebsbilder, „intellektualisierte“ Werktätige)

Fazit

IV Teil 2: „Problembilder“⁴⁶: Das kritische Bild der Arbeit in der künstlerischen Fotografie der 1970er und 80er Jahre in der DDR

1 Kunst- und Wirtschaftspolitik ab 1971: „Breite und Vielfalt in der Kunst“

- 1.1 Ära Honecker: Die 6. Tagung des ZK der SED 1972
- 1.2 Wirtschaftspolitik

2 Die Etablierung der Fotografie als Teil der bildenden Kunst

- 2.1. Staatliche Organisationsstrukturen:
 - 2.1.1 Gesellschaft für Fotografie (GfF) (Auftragspolitik)
 - 2.1.2 Verband Bildender Künstler der DDR (AG Fotografie)

43 Franke 2010, S. 194.

44 Held, Jutta: Arbeit als künstlerisches Motiv. Theoretische und bildliche Modelle aus der DDR. Eine historische Skizze. In: Pohl, Frances K. (Hrsg.): Kunst und Politik. Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft. hrsg. von Jutta Held. Band 7/2005. Schwerpunkt: Kunst und Arbeit. V&R unipress GmbH, 2005., S. 21.

45 Ebd., S. 25.

46 Wolfgang Mattheuer: Tagebuch 16.3.1975. W.M., "Äußerungen", 1990 Berlin / Thomas, Karin: 2002

- 2.2 Ausstellungen und Sammlungstätigkeit: Die X. Kunstausstellung in Dresden/
Kunstsammlung Cottbus und Galerie Moritzburg in Halle
- 2.3 Ausstellungen von DDR-Fotografen in der BRD
- 2.4 „Künstlerisch ambitioniert“?: Die Klammer zwischen staatlichen und autonomen
fotografischen Bildwelten

3 Fotografie im kunsttheoretischen Diskurs

- 3.1 Die Tagung „Der Beitrag der Fotografie zur Formung des sozialistischen Menschen. Auf dem Weg in die 70er Jahre“
- 3.2 Realismusbegriff: Aufsätze zur Fototheorie
- 3.3 Die Publikation „Fotografie in der DDR“

4 Das Bild der Arbeit in der Sozialdokumentarischen Fotografie der 70er und 80er Jahre

- 4.1 Traditionslinien: August Sander & „The Family of Man“
- 4.2 „Bereichernde Wechselverhältnisse“: gewandelte Darstellung von Arbeit in Malerei und Literatur der DDR
- 4.3 Exkurs: Die Darstellung von Arbeit in den westlichen Industriestaaten (BRD, USA)/Dokumentarfotografie in der BRD
- 4.4 Sozialdokumentarische Konzepte in der DDR
- 4.5 Utopieverlust und Realitätsschärfe: der ikonografische Wandel des Arbeitssujets in der sozialdokumentarischen Fotografie
 - 4.5.1 Veralltäglichung: Abbildung entkoppelt vom Arbeitsplatz
→ *Analyse: Christian Borchert („Die Familienporträts“ 1983–89)*
 - 4.5.2 „Entheroisierung“: Abbildung am Arbeitsplatz
→ *Analyse: Helga Paris („Frauenporträts aus dem VEB Treffmodelle Berlin“ 1984)*
- 4.6 Inszenierung und Experiment: Das Bild der Arbeit ab Mitte der 80er Jahre
→ *Analyse: Kurt Buchwald („Asphalt und Arbeit“ 1988/89)*

V Schlussbetrachtung

Quellen- und Literaturverzeichnis

„Perforierter Antifaschismus – die ‚Erinnerungsopposition‘ und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung und der jüdischen Gegenwart in der DDR“

von Kerstin Lorenz

In einer staatlichen Regieanweisung zum 40. Pogromgedenkjahr hieß es, „(...) dass die DDR die Heimstatt auch aller ihrer Bürger jüdischen Glaubens ist, weil in unserem Staat der Antisemitismus mit der Wurzel ausgerottet ist“. Die antifaschistische Geschichtsdeutung dieser Art wurde „über die Jahre“ in der Alltagskultur verankert und die geringe Präsenz des Judentums in der DDR bot kaum Anlass, offene Fragen zur deutschen Vergangenheit zu aufzuwerfen. Der zum Gründungsmythos erhobene staatliche Antifaschismus bestimmte die Prämissen der geistigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die Erinnerung an Verfolgung und Tötung von Millionen Juden, das Leid der Überlebenden und die Verantwortung ihnen gegenüber blieb in offiziellen staatlichen Stellungnahmen entweder ein Tabu oder wurde unter dem Antifaschismuskonzept subsumiert.

Dieses Forschungsvorhaben vertritt nun die These, dass die beständige Präsenz des Antifaschismus in der Alltagskultur die individuelle wie kollektive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht vollständig überlagern konnte, da sich die verschiedenen Gruppen, Milieus und Bereiche der DDR-Gesellschaft nicht gänzlich vom Herrschaftsanspruch der SED vereinnahmen ließen. Unter der Oberfläche des offiziellen, selektiven Geschichtsbildes fand in der Bevölkerung durchaus eine eigenständige Auseinandersetzung mit der NS-Judenverfolgung statt.

Das Forschungsvorhaben richtet den Fokus auf einen bislang unberücksichtigten Aspekt der Erinnerungskultur in der DDR: die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit jüdischer Vergangenheit und jüdischer Gegenwart in der DDR, die sich vor allem unter dem Dach der Kirchen artikulierte bzw. organisierte und damit das selektive öffentliche Geschichtsbild unterlief.

In der Tat entwickelte sich zu Beginn der 1970er Jahre im Rahmen des christlich-jüdischen Dialogs eine eigenständige, kontinuierliche Beschäftigung mit der NS-Judenverfolgung und ein Interesse für die jüdische Kultur und Gegenwart. Dem gingen bereits ab 1962 die Sommerlager und Einsätze zur Pflege jüdischer Friedhöfe in der DDR durch die »Aktion Sühnezeichen« voraus. Die an der Kirchenbasis entstandenen Arbeitskreise wurden maßgeblich „(...) zum Ort potentiell abweichender öffentlicher Erinnerung (...)“. Sie hatten sich in Zentren wie Leipzig oder Berlin bereits vor dem 40. Pogromgedenktag 1978 als abweichende zivilgesellschaftliche Erinnerungsinitiativen ausgebildet und traten fortan als konkurrierendes Angebot zum staatlichen Gedenken auf. Die Sozialgeschichte dieser „Erinnerungsopposition“ [Harald Schmid] der DDR ist bislang ein Desiderat der Forschung.

Der Untersuchungsrahmen wirft Fragen nach den persönlichen, religiösen und gesellschaftspolitischen Motiven auf: nach Formen der Beteiligung, den daran geknüpften Erwartungen. Nach den Handlungsspielräumen für den Einzelnen wie für Gruppen, nach der Ausprägung des Organisationsgrades der zumeist kirchlichen Initiativen sowie nach ihrem Selbstverständnis.

Darauf aufbauend gilt es, das Verhältnis der einzelnen Akteure zum Antifaschismuskonzept der DDR zu klären. Verstanden sie ihr Handeln als Abgrenzung (staatsunabhängiges Gedenken) oder als Ergänzung, Erweiterung oder gar Vertiefung (Reformierung des Gedenkens) des offiziellen Geschichtsbildes?

Eine Einordnung der Erinnerungsmilieus innerhalb der DDR-Opposition gilt es auch anhand der Wahrnehmung und Reichweite ihrer Aktivitäten in der Zivilgesellschaft vorzunehmen. Eine Analyse dieser Initiativen muss außerdem berücksichtigen, dass sie im Visier des Staatssicherheitsdienstes der DDR standen.

Abschließend wird zu fragen sein, welche Schlüsse sich aus der Untersuchung über die Bindekräfte des staatspolitischen Antifaschismus für die zivilgesellschaftliche Erinnerungskultur in der DDR ziehen lassen.

Kurzbiographie

Kerstin Lorenz, 1981 geboren, studierte Politikwissenschaft und Neuere/Neueste Geschichte an der TU Dresden. Während des Studiums arbeitete sie in der Gedenkstätte Bautzen und leitete daraus das Magisterthema zum „Gedenkstättenstreit in Sachsen“ ab. Zur Promotion nach Potsdam gewechselt, setzt sie ihr Engagement für die Aufarbeitung der Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts an der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 fort.

Vorläufige Gliederung

I Einleitung

- I.1 Einführung in das Thema
- I.2 Ziel und Erkenntnisinteresse
- I.3 Inhaltliche und zeitliche Eingrenzung
- I.4 Literatur- und Quellenlage
- I.5 Methodik

II Allgemeinesgeschichtliche Überlegungen

- II.1 Geschichtspolitische Rahmenbedingungen
 - II.1.1 Antifaschismuskonzeption – Gründungsmythos und Staatsdoktrin
 - II.1.2 Entwicklungslinien der Erinnerungskultur 1949-1990
- II.2 Judentum und jüdische Themen in der DDR – Spiegelbild antifaschistischer Geschichtspolitik
- II.3 Begegnungsräume mit dem Judentum in der DDR – Kirche und Religionsgruppen
- II.4 Zwischenfazit

III Die Entstehung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsräume für die Auseinandersetzung mit jüdischen Themen

- III.1 Zusammenfassung des historischen Kontextes 1949-1961
- III.2 »Aktion Sühnezeichen« in der DDR ab 1961
 - III.2.1 Beginn unter politischen Beschränkungen
 - III.2.2 Illegale Teilnahme an Sommerlagern bis 1972
 - III.2.3 Arbeitseinsätze in der DDR – Ausgangspunkt lokaler Auseinandersetzung mit dem Judentum
- III.3 Initiativen für den christlich-jüdischen Dialog
 - III.3.1 Arbeitsgemeinschaft »Kirche und Judentum«, Leipzig
 - a. Fallbeispiel: christlich-jüdischer Zusammenarbeit
 - b. Fallbeispiel: Spontane Gedenkinitiativen zum Kirchentag 1975
 - c. regionale und überregionale Seminare
 - III.3.2 Arbeitsgemeinschaft »Judentum und Christentum«, Berlin
 - a. Reaktion auf die UNO-Resolution zum Zionismus 1975
 - b. Fallbeispiel: Laien als Mitglieder
 - c. Fallbeispiel: Informationsabende zum Thema „Was jeder Christ vom Judentum und Christentum wissen sollte“
 - III.3.3 Der Arbeitskreis »Kristallnacht«, Magdeburg
 - a. Die Arbeitshefte „Als die Synagogen brannten ...“, 1977
 - b. Regionale Erforschung jüdischer Geschichte
 - III.3.4 Arbeitskreis »Kirche und Judentum«, Erfurt

IV Herausbildung zur „Erinnerungsopposition“ – zivilgesellschaftliche Erinnerung im Zentrum und an der Peripherie

- IV.1 Lokale Spurensuche und Erinnerungsarbeit der Familie Arlt in Tröbitz
- IV.2 Arbeitskreis »Begegnung mit dem Judentum«, Dresden
 - a. Ein ökumenischer Ansatz
 - b. Fallbeispiel: Handlungsspielräume
 - c. Fallbeispiel: Ausstellung „Jüdisches Leben in Dresden“
- IV.3 Das Pogromgedenken 1988

V Fazit

Kampf um die Geschichte? Deutsch-deutsche Museumsgeschichte zwischen Abgrenzung und Verflechtung 1971-1989

von Anne Wanner

Inwieweit trugen die Bundesrepublik und die DDR ihren „Kampf um die Geschichte“ auch in historischen Museen und Ausstellungen aus? In einem synchronen und sektoralen Vergleich untersucht das Projekt deutsch-deutsche Museumsgeschichte im Spannungsfeld von Abgrenzung und Verflechtung.

Auf beiden Seiten der Mauer kam es seit Ende der 1960er Jahre zu einem wahren Museumsboom. Das Museum wurde immer mehr zu einem Massen- und Unterhaltungsmedium und rückte so in den Blickpunkt der (Kultur-) Politiker. Inwieweit damit eine verstärkte politische Indienstnahme der musealen Einrichtungen einherging und wie die Museumsfachleute in Ost und West damit umgingen, ist eine zentrale Frage des Projekts.

Historische Museen und Ausstellungen entstehen immer in einem bestimmten politischen und gesellschaftlichen Kontext – sie sind Spiegel und Speicher ihrer Zeit. So gilt es also auch nach geschichts- und deutschlandpolitischen Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre in Ost und West zu fragen, die den Rahmen bildeten, in dem die jeweiligen musealen Präsentationen von Geschichte gestaltet wurden.

Führten deutsch-deutsche Abkommen wie der Grundlagenvertrag (1972) oder das Kulturabkommen (1986) außerdem zu blockübergreifende Annäherungsprozesse und Kooperationen – auch im musealen Bereich? Oder verschärfte sich der „Kampf um die Geschichte“ im Zuge der gegenseitigen staatlichen Anerkennung sogar?

Darüber hinaus ist zu fragen, wie die historischen Museen in die politischen und administrativen Strukturen der beiden deutschen Teilstaaten eingebunden waren. Führten die föderativen Strukturen der Bundesrepublik und der zentralistisch organisierte „Demokratische Sozialismus“ zu spezifischen Organisationsformen des Museums- und Ausstellungswesens?

Die komparative Untersuchung einzelner musealer Fallbeispiele soll schließlich Einblicke in die konkrete Museumspraxis liefern: Sowohl das Museum für Deutsche Geschichte in Ostberlin als auch die in Sichtweite im Westberliner Reichstag untergebrachte Ausstellung *1871 – Fragen an die deutsche Geschichte* präsentierten deutsche Geschichte im weitesten Sinne als „Nationalgeschichte“ des jeweiligen deutschen Teilstaates. Wie wurden hier Geschichte und Gegenwart verbunden? Inwieweit und auf welche Weise wurde dabei auf den anderen deutschen Staat Bezug genommen?

Auch in regionalen Geschichtspräsentationen fand sich das jeweilige „nationale“ Geschichtsbild wieder. Sowohl das Historische Museum in Frankfurt/Main als auch das Stadtmuseum Dresden stellten Stadtgeschichte im überregionalen Kontext dar. Frankfurt, umstritten wie kein zweites museales Projekt in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, bietet darüber hinaus tiefe Einblicke in politische und gesellschaftliche Debatten der Zeit. Dresden richtete als Bezirksmuseum neben seiner stadtgeschichtlichen Forschung auch internationale Konferenzen aus. Die Vernetzung der DDR-Museen – auch mit dem „kapitalistischen Ausland“ - wird hier deutlich.

Ausstellungsdrehbücher erlauben die inhaltliche und gestalterische Rekonstruktion der musealen Präsentationen und zeigen ganz konkret, wie deutsche Geschichte in den jeweiligen Häusern zur Anschauung gebracht wurde. Von besonderem Interesse ist weiter, ob es in der Museumswissenschaft und auch in der musealen Praxis innerdeutsche Resonanzen und Interdependenzen gab. Lernten Bundesrepublik und DDR nicht nur von ihren Bündnispartnern sondern auch vom Systemkonkurrenten?

Reisen wissenschaftlicher Mitarbeiter des im Aufbau befindlichen Historischen Museums Frankfurt nach Ost-Berlin ins Museum für Deutsche Geschichte, Drehgenehmigungen westdeutscher Journalisten für das Stadtmuseum Dresden: Sie lassen Spuren einer blockübergreifenden Museumsarbeit – jenseits von staatlicher Abgrenzung und politischer Ideologie – vermuten.

Kurzbiographie

Anne Wanner, 1984 in Stuttgart geboren, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Empirische Kulturwissenschaft und Romanische Philologie an der Uni Tübingen 2010 schloss sie ihr Studium mit einer Magisterarbeit zum Thema „Erfolge unserer Sportler – Erfolge der DDR. Die museale Präsentation des DDR-Sports im Leipziger Sportmuseum in den 1970er und 1980er Jahren“ ab. Seit September 2011 wissenschaftliche Assistentin im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.

Grobgliederung

I. Deutsch-deutsche Geschichtspolitik 1971-1989

1. Geschichtspolitik im Fahrwasser des Grundlagenvertrages
2. „Zweiter Kalter Krieg“? – Geschichtspolitik in den 1980er Jahren

II. Museumswissenschaft im transnationalen Kontext

III. Zwei Systeme - zwei Museumskulturen?

1. Ein „goldenes Jahrzehnt“? – Der Museumsboom der 1970er Jahre
2. Die strukturelle Beschaffenheit des deutsch-deutschen Museumswesens
3. Der politische und gesellschaftliche Stellenwert von Museen und Ausstellungen

IV Museen und Ausstellungen zwischen Abgrenzung und Verflechtung

1. Das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin und die Ausstellung *1871 – Fragen an die deutsche Geschichte im Reichstag in Westberlin*: Konkurrierende Geschichts- und Weltbilder in Sichtweite
2. Das Dresdner Stadtmuseum und das Historische Museum Frankfurt: Regionale Museen von überregionaler Bedeutung
3. Luther und Preußen: Die museale Präsentation zweier deutsch-deutscher „Zankäpfel“
4. Verflechtung jenseits der Ideologie? Kooperationen und Bezugnahmen in der musealen Praxis

V. Fazit und Ausblick auf die Zeit nach 1990

Das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm (1945-1963) – Schleuse im Prozess von Vertreibung und DDR-Flucht

von Arne Hoffrichter

Über vier Millionen Menschen wurden im Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm registriert und weitergeleitet, nachdem sie die Grenze der SBZ bzw. DDR in Richtung Westen überquert hatten. Die umgangssprachlich als „Bohldammlager“ bezeichnete Institution war im September 1945 von der britischen Militärregierung errichtet worden. Diese reagierte damit auf die beständig in die Westzonen einströmenden Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches wie auch auf die im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse zu erwartenden Vertreibungen. Die unmittelbare Zuständigkeit übergaben die Briten jedoch im Sinne des „indirect rule“-Prinzips sehr bald in deutsche Hände. Nachdem die Institution mithin zunächst ein Steuerungs- und Kontrollinstrument für die Vertriebenentransporte gewesen war, erfüllte sie von 1947-1963 diese Aufgabe mit Blick auf die Flüchtlinge aus der SBZ und DDR.

Sahen sich die westlichen Akteure zunächst mit dem Problem konfrontiert, die erzwungene Migration der Deutschen aus den unter polnische Verwaltung gestellten Gebieten zu regulieren, gestaltete sich die Lage hinsichtlich der SBZ/DDR-Flucht vielschichtiger. Hier schlugen sich die politischen und – davon beeinflusst – die ökonomischen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland unmittelbar in der Fluchtbewegung nieder. Vereinfacht lässt sich sagen, dass es eine Wechselwirkung zwischen der weltpolitischen Lage im Kalten Krieg, den unterschiedlichen Entwicklungen in beiden deutschen Staaten und der entstehenden Fluchtbereitschaft gab.

In Uelzen machten sich einerseits die administrativen Reaktionen der westdeutschen Akteure auf die Fluchtbewegung bemerkbar. Exemplarisch kann hier etwa angeführt werden, dass die Schließung des überfüllten Lagers im Juli 1949 durch den niedersächsischen Flüchtlingsminister Heinrich Albertz eine Debatte um die Aufnahme von DDR-Zuwanderern auslöste. In letzter Konsequenz führte dies zur Verabschiedung des bundesdeutschen Notaufnahmegesetzes von 1950. Uelzen-Bohldamm wurde in diesem Zusammenhang neben dem Lager Gießen eines von zwei zentralen Notaufnahmelagern für SBZ-Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Andererseits wurde in Uelzen vornehmlich das Ansteigen oder Abebben des Flüchtlingsstromes wahrgenommen. Ursache dieser schwankenden Intensität waren etwa politische Maßnahmen des DDR-Regimes zur Verhinderung der fortwährenden Abwanderung. Hier sind primär zu nennen die Abriegelung der Grenze 1952 und die Einführung des Straftatbestandes der Republikflucht Ende 1957. Der Mauerbau, verbunden mit der vollkommenen Schließung der deutsch-deutschen Grenze im August 1961, war schließlich die *ultima ratio* in dem Bemühen, den bis hierhin noch durchlässigen „Eisernen Vorhang“ abzudichten.

Im Lager Uelzen-Bohldamm war neben der Aufnahme und Registrierung vor allem die Überprüfung und Befragung der Neuankömmlinge von großem Interesse. Im Notaufnahmeverfahren sollten politisch Verfolgte von „Wirtschaftsflüchtlingen“ geschieden werden. Außerdem erhofften sich die westdeutschen und alliierten Geheimdienste Informationen über die ostdeutschen Verhältnisse. Vice versa hatten die ostdeutschen Behörden – vornehmlich die Staatssicherheit – ein großes Interesse daran, über die Vorgänge in Uelzen informiert zu sein, und platzierten entsprechend Informanten direkt im Lager.

Das „Bohldammlager“ ist demnach einerseits als ein Indikator der politischen Entwicklung mit all ihren Sog- und Schubkräften zu betrachten, andererseits aber auch als Kontrollstelle der innerdeutschen Migration zu untersuchen. An kaum einem anderen Ort verdichteten sich derart brennglasartig die unterschiedlichen Problemlagen der erzwungenen und freiwilligen Migrationsbewegung vom Kriegsende bis zum Mauerbau. Das zentrale Ziel der Studie ist es

mithin, anhand einer auf den Methoden der sozialhistorischen Migrationsforschung fußenden Längsschnittanalyse des Lagers, die Auswirkungen der Flüchtlingspolitik beiderseits der Grenze auf diese Institution und den Umgang mit den Flüchtlingen zu untersuchen.

Kurzbiographie

Arne Hoffrichter, geb. 1982 in Gronau/Leine, beendete das Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Göttingen 2008 mit einer Arbeit zum historischen Wahlverhalten im Kaiserreich. 2010 legte er das erste juristische Staatsexamen ab. Während und nach seinem Studium arbeitete er in der Abteilung für Deutsche Rechtsgeschichte. Seine Dissertation wird betreut von Prof. Dr. Peter Aufgebauer am Institut für Historische Landesforschung Göttingen.

Gliederung (Arbeitsversion)

I. Einleitung

1. Fragestellung – Ziele der Studie
2. Forschungsstand – Quellenlage
3. Methodik – Sozialhistorische Migrationsforschung

II. Uelzen-Bohldamm im Prozess der Vertreibungen: 1945-1947

1. Die Potsdamer Konferenz und ihre Folgen
2. Errichtung und Funktion des Durchgangslagers Uelzen-Bohldamm
3. Britische Militärregierung und deutsche Verwaltung – Theorie und Realität des „indirect rule“-Prinzips am Beispiel des „Bohldammlagers“
4. „Operation Swallow“ – Das Durchgangslager Uelzen als Knotenpunkt im Prozess der Vertriebenentransporte
5. Registrierung, Versorgung und Weiterleitung von Vertriebenen in Uelzen

III. Uelzen-Bohldamm als Durchgangslager für SBZ-Flüchtlinge: 1947-1949

1. SBZ-Flucht im aufkommenden Kalten Krieg: Uelzen als Ort „Asozialer und krimineller Flüchtlinge“ aus der SBZ?
2. „Illegale Grenzgänger“ und „echte“ Flüchtlinge im Lager Uelzen: Diskurs, Einteilungsversuche und praktische Umsetzung
3. Informationsgewinnung und Schutz vor feindlichen Agenten: Die Befragungen der Neuankömmlinge im Lager
4. Das „Bohldammlager“ in der bundesweiten Öffentlichkeit: Die *Uelzener Empfehlungen* und der *Marsch auf Bonn* 1949
5. Der Umgang mit Vertriebenen und SBZ-Flüchtlingen in Uelzen: Vergleichende Betrachtungen

IV. Uelzen-Bohdamm in seiner Funktion als Bundesnotaufnahmelager 1949-1963

1. Die Notaufnahme von DDR-Flüchtlingen im Lager Uelzen-Bohdamm
 - a) Die Bundesnotaufnahmegesetzgebung von 1950 und die Rolle Uelzen-Bohdamms
 - b) Der Ablauf des Notaufnahmeverfahrens und die Behandlung der Flüchtlinge im Lager
 - c) Die Nebenlager für junge Flüchtlinge in Westertimke und Sandbostel
 - d) Uelzen, Gießen, Berlin-Marienfelde: Das System der Notaufnahmelager

2. Das „Bohdammlager“ als Indikator und Instrument im Fluchtprozess der 50er Jahre
 - a) Die Abriegelung der Grenze 1952 und ihre Folgen für den Flüchtlingsstrom über Uelzen
 - b) Die Kriminalisierung der Republikflucht 1957 in ihrer Auswirkung für Flucht und Lager
 - c) Fluchtmotive: Uelzen als Schleuse zwischen den politischen und ökonomischen Sog- und Schubkräfte in Ost und West
 - d) Die deutsch-deutsche Fluchtbewegung und die Bedeutung des Notaufnahmelagers Uelzen-Bohdamm für die Bonner Politik
 - e) Agentenschleusung, Ablaufstörung und Ursachenforschung: Das „Bohdammlager“ im Fokus der Staatssicherheit
 - f) Die Schließung des Lagers Uelzen-Bohdamm als Folge des Mauerbaus

V. Zusammenfassung